

HAMBURG/DEN 23. SEPTEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 38

Der Geldwert des ehemals deutschen Kolonialbesitzes 1

Die drei Aufsätze von Keynes in den „Sunday Times“ haben in der französischen Presse ein lebhaftes Echo geweckt. Keynes steht bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die unerfüllbaren Forderungen aus dem Versailler Vertrage und Londoner Abkommen Deutschland zu einem unfreiwilligen Dumping zwingen, d. h. daß Deutschland genötigt wird, mit Ausnutzung der internationalen Unterwertigkeit seiner Mark seine Ausfuhr ins Ungemessene zu steigern und doch spätestens Mitte nächsten Jahres am Ende seiner Kräfte sein wird. Demgemäß sollen die Alliierten schleunigst daran gehen, die Lage zu sanieren. „L'Information“ sieht in den Keynesschen Besorgnissen lediglich den Wunsch des Konkurrenten auf dem Weltmarkt, durch das deutsche „Dumping“ nicht an die Wand gedrückt zu werden. Anders „Le Temps“, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bereits glaubt „als begeisterten Anhänger der Theorie des Herrn Keynes“ begrüßen zu dürfen.

Am 25. 8. schrieb die genannte Zeitung, daß sie Keynes zum mindesten nicht als böswilligen Gegner betrachte und daß sie die fürchterliche Lage der deutschen Finanzen nicht leugne. Das Heilmittel sieht sie in der Schaffung eines Reservefonds, auf den zurückgegriffen werden solle, wenn Deutschland vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten geriete. Dieser Fonds würde auch dazu beitragen können, die Schwankungen des Marktkurses auszugleichen. Als Grundstock dieses Fonds solle die Milliarde dienen, die Deutschland soeben bezahlt hat. Dieser Vorschlag ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Frankreich mit allen Kräften gegen den Verteilungsplan protestiert, nach dem es ziemlich leer ausgehen würde. „Le Temps“ fährt fort: Sollte man von uns verlangen, auch den Wert des Saarkohlenbeckens einzuschließen, „so müßten wir verlangen, daß man auch Artikel 257 des Friedensvertrages abänderte, dergestalt, daß es ermöglicht würde, auch den vollen Wert der deutschen Schutzgebiete, einschließlich des öffentlichen Eigentums dasselbst, dem Reservefonds zukommen zu lassen“.

Es wird sich fragen, was beabsichtigt „Le Temps“ mit diesem Vorschlage? Ist er sich seiner Tragweite bewußt? Und welches sind die Folgen, wenn der Anregung stattgegeben würde?

Artikel 257 sagt im ersten Absatz, daß die Nachfolge- und Mandatarstaaten keinen Schuldendienst übernehmen. Der zweite Absatz lautet: Alles was dem Reiche oder seinen Bundesstaaten in den bisher deutschen Gebietsteilen einschließlich

der Schutzgebiete, die durch Mandatare verwaltet werden, als Besitz oder Eigentum gehört, geht mit den Gebieten auf die Mandatare über, ohne daß daraus eine Zahlung oder Gutschrift erfolgt.

Nach dem dritten Absatz ist unter dem Reichs- oder Staatseigentum Eigentum der Krone, sowie Privatbesitz des Kaisers oder der Bundesfürsten (? royal personalities, personnes royales) gleichzuachten.

Wenn „Le Temps“ seinen Vorschlag tatsächlich auf die von Artikel 257 umfaßten Gebiete beschränken will, wäre also Kiautschou nicht inbegriffen, das Japan nicht als Mandat, sondern nach Artikel 156 ff. zu eigenem Rechte überlassen ist. Indes liegt kein Grund vor anzunehmen, daß die französische Zeitung beabsichtigt, diese Ausnahme zu machen. Nimmt doch auch Japan an den allgemeinen Geldentschädigungen von Seiten Deutschlands teil und erfreut sich das Reich des Mikado als engerer Bundesgenosse Englands des zeitig wirtschaftlichen und politischen Gegenspielers Frankreichs innerhalb der Entente in Frankreich nicht einer Beliebtheit, die die Ausnahme rechtfertigte. Denn die französische Mentalität von heute kann nicht mehr rein wirtschaftlich, d. h. ohne im Unterbewußtsein politisch zu werden, denken.

Die Idee des „Temps“ scheint zunächst als Abwehrmittel gedacht. Wenn nämlich die deutsche Milliarde dem Reservefonds zugeführt wird, so geschieht dies zuungunsten der vorzugsweise Bedachten und zugunsten Frankreichs. Es ist also ein Gegenzug zu Frankreichs Ungunsten zu erwarten: Sequestrierung der Saarzechen. Dieser Mine setzt Frankreich die Gegenmine entgegen: Einbeziehung des Wertes der Schutzgebiete in den Reservefonds.

Die Nutznießer der ehemals deutschen Schutzgebiete sind in erster Linie Großbritannien und seine Dominien (Südafrikanische Union, Australien, Neuseeland): Südwestafrika, fast das ganze Ostafrika, ein Streifen von Kamerun und Togo, die pazifische Inselwelt südlich des Äquators. In zweiter Linie Frankreich: Kamerun und Togo. In dritter Linie Belgien (Urundi-Ruanda in Deutschostafrika), und Japan (pazifische Inselwelt nördlich des Äquators). Im Anschluß an eine weiter unter angestellte Wertberechnung dieser Gebiete wird man ansetzen können, daß England (mit Dominien) 65 %, Frankreich 27½ %, Belgien 5½ %, Japan 2 % vom Wert der deutschen Kolonien erhalten haben. Rein wirtschaftlich würde also Frankreich zwar erheblich weniger einbüßen, als Großbritannien und seine Kolonien, aber doch

immerhin noch recht viel. Aber machtpolitisch betrachtet sieht die Sache anders aus. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der französische Anteil fast gar nicht in Betracht, wenigstens wenn die Rekrutierung in Kamerun und Togo gemäß der Völkerbundssatzung ausgeschlossen bleibt. Dagegen bedeutet für das britische Mutterland Deutschostafrika einen nicht unerheblichen Machtzuwachs wegen der Kap-Kairo-Idee, und für die Union Südwestafrika, für Australien Neuguinea, für Neuseeland Samoa einen sehr erheblichen Macht- und Sicherheitszuwachs. Denn es kommt für die Union die Verkürzung der Verbindung Europa-Windhuk-Prätorien, für die Südsee-Dominien die bisher deutsche Inselwelt als Vorpostenstellung gegen Japan in Betracht, nachdem man nun einmal auf die viel bessere Sicherung, die durch den deutschen Besitz garantiert war, verzichtet hat.

Man kann also wohl sagen, daß der „Temps“-Vorschlag dem britischen Bundesgenossen das weit größere Opfer zumutet, wenn diese machtpolitischen Imponderabilien gewogen und in Zahlen umgesetzt gedacht werden. Unter dieser Voraussetzung ist es deshalb denkbar, daß der ganze Vorschlag nur darauf abzielt, den Gedanken, das Saargebiet in die Masse einzuwerfen, dem Vertragsgegner unannehmbar zu machen.

Indes wir werden sehen, wie schwer schon allein eine zahlenmäßige Erfassung des Wertes ist und daraus erkennen, daß ein darüber hinausgehender Versuch die machtpolitische Bedeutung einzurechnen, nicht gut möglich ist. Deshalb ist anzunehmen, daß dem „Temps“ sein Vorschlag mehr als die Parade eines Fechters ist, daß er darauf berechnet ist, ernstgenommen zu werden.

Zweifelhaft aber ist, ob der „Temps“ sich der Tragweite seines Vorschlages bewußt ist. Kamerun und Togo haben für Frankreich einen andern Wert, als sie ihn für Deutschland hatten. Der Engländer Morel äußerte sich über den Wert, den die Schutzgebiete für Deutschland hatten, folgendermaßen: „Three out of the four of them are immensely valuable, their potential wealth far exceeding the war debt of Europe.“ Er hat augenscheinlich Neuguinea mit den zugehörigen Inseln, Kamerun und Deutschostafrika im Auge. Für uns machte Kamerun und Togo an Wert etwa ein Fünftel unseres Kolonialbesitzes aus. Wir besaßen im ganzen 3 Mill. qkm mit 12 Mill. Einwohnern, wovon 750 000 qkm mit 3 Mill. Einwohnern auf Frankreich übergegangen sind; Kamerun gehörte außerdem zu den drei reichsten und aussichtsvollsten unserer Schutzgebiete. Frankreich hatte vor dem Kriege 10½ Mill. qkm und 55 Mill. Eingeborene. Der Zuwachs an Land beträgt demnach nur $\frac{1}{14}$, der Zuwachs an Bevölkerung nur $\frac{1}{18}$ des früheren französischen Besitzstandes. Es ist bekannt, daß Frankreich schon vor der Vergrößerung durch den Frieden seinen Kolonialbesitz nicht auswerten konnte. Während in Deutschland auf 1 qkm Heimatland 5,4 qkm Kolonialland, auf einen Deutschen 0,2 Eingeborene kamen, besitzt Frankreich auf 1 qkm Heimatland 21 qkm Kolonialboden und auf jeden Franzosen 1,6 Eingeborene.¹⁾ Daraus folgt allerdings, daß Kamerun und Togo für Frankreich nur einen Bruchteil des Wertes haben, den sie für Deutschland hatten. Hinzukommt, daß Kamerun, seit es nicht mehr in deutschen Händen ist, erheblich an Wert eingebüßt hat, wenn der Grad der Verwahrlosung der Plantagen in Kamerun auch nicht entfernt so schlimm ist als in Ostafrika.

Es würde sich also dieselbe Streitfrage ergeben, wie bei der Anrechnung der deutschen Handelsflotte: ist maßgebend der Wert der Schiffe im deutschen Besitz oder der Wert, den sie in der Hand des neuen Eigentümers haben? Bekanntlich

hat in der Handelsflottenfrage das Diktat der Entente zuungunsten Deutschlands entschieden. Es ist aber nicht ohne weiteres anzunehmen, daß in der Frage der Anrechnung des Kolonialbesitzes ebenso verfahren werden würde.

Denn schon der Zweck der Maßregel, die Auffüllung des Fonds, spricht dagegen.

Es fragt sich nun, welche praktischen Folgen es haben würde, wenn der Geldwert der ehemals deutschen Kolonien dem Reservefonds überwiesen würde. Dieser bestände aus drei Teilen: der gezahlten Milliarde, dem Werte des Saarkohlenreviers und dem Werte der deutschen Schutzgebiete. Das sind drei dem Wesen nach ganz verschiedene Dinge. Die Milliarde trägt Zinsen und kann auch jederzeit zu Zahlungen aus der Substanz verwendet werden. Die Saarzechen bringen laufende Gewinne und können ebenfalls im Verkaufswege in flüssige Zahlungsmittel umgewandelt werden. Die Schutzgebiete dagegen verursachen Verwaltungskosten, die zurzeit von den Mandatarstaaten oder Substituten dieser (z. B. Nigeria für Britisch-Kamerun) getragen werden. In der deutschen Zeit allerdings brachten sie schon seit Jahren sämtlich ihre Verwaltungskosten selbst auf, abgesehen von denen für die bewaffnete Macht, die aber nur in Südwestafrika erheblich waren, weil wir dort eine weiße Truppe hatten. Es ist aber jetzt der Zeitpunkt nicht abzusehen, von dem an dieser Zustand wieder erreicht sein wird oder gar die Schutzgebiete Überschüsse abwerfen werden. Dazu kommt, daß auch nicht die Substanz realisierbar ist. Man kann allerdings Plantagen, Konzessionen, Eisenbahnen, Kronland usw. verkaufen. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sich Käufer finden, die gegen erhebliche Summen Bargeldes Ankäufe vornehmen werden. Es sei denn, daß man die Rückkehr der Deutschen gestattet. Die Kolonialgesellschaften und Einzelbesitzer werden bekanntlich entschädigt und sollen „im Auslande“ wieder aufbauen. Es herrscht der allgemeine Wunsch, in die Kolonien zurückzukehren, und es ist nicht zu zweifeln, daß viele ihre alten Besitzungen wieder erstehen würden, wenn dies gestattet würde. Wenn diese Möglichkeit und damit auch die Hoffnung, daß die Kolonien in absehbarer Zeit zu ihrer alten Blüte gelangen, ausgeschlossen ist, dann hätte die Anrechnung des Wertes der Kolonien in einem Reservefonds allerdings keinen Wert positiver Art, wohl aber doch eine praktische Bedeutung anderer Art. Der Reservefonds soll dazu dienen, an die Stelle des Gemeinschuldners Deutschland zu treten, so oft dieser seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Wenn nun der Reservefonds selbst nicht voll zahlungsfähig ist, so hätte die Einrechnung des Wertes der deutschen Schutzgebiete immer noch die Bedeutung, daß man von der Fiktion ausgehen könnte: die Nachfolgerstaaten machen sich für ihren Ausfall bezahlt aus den Schutzgebieten, d. h. der geldmäßige Anteil eines jeden Mandatarstaates am ehemals deutschen Kolonialbesitz wäre der Schlüssel, nach dem das Defizit von den Gläubigern Deutschlands getragen würde.

Wir haben oben gesehen, daß der Anteil Englands mit seinen Dominien 65 %, der Frankreichs 27½ %, der Belgiens 5½ %, der Japans 2 % ausmacht. Aber wir sagten bereits, daß kein Grund vorliegt, Kiautschou eine Ausnahmebehandlung zuteil werden zu lassen, weil es nicht Mandatsgebiet ist. Der Einwurf, daß es sich dort um ein Pachtgebiet handelt, während die Kolonien voller Eigenbesitz waren, kann auch nichts ändern. Denn eine Pacht auf 99 Jahre kann unbedenklich vollem Besitz gleichgeachtet werden, zumal China schwerlich geneigt und in der Lage sein wird, die aufgewendeten Kosten zu ersetzen. Auch die periodisch auftauchenden Bereitwilligkeitserklärungen Japans, das Pachtgebiet an China zurückzugeben, wird man solange nicht ernst zu nehmen brauchen,

¹⁾ Stuhlmann in „Freie Bahn“, Hamburg, 15. 8. 21.

als die Rückgabe erfolgt, oder wenigstens übersehbar ist, ob die Bedingungen für China erfüllbar sind. Rechnet man Kiautschou dem japanischen Reiche an, so ergibt sich folgender Beteiligungsschlüssel an der Liquidation des deutschen Kolonialbesitzes: Großbritannien (und Dominien) 64, Frankreich 22½, Belgien 5, Japan 8½ %.

Die Frage des freien Goldhandels in Argentinien

Buenos Aires, August 1921.

Die hier viel gelesene satirische Wochenschrift „Caras y Caretas“ brachte in ihrer letzten Julinummer ein recht zeitgemäßes Bild: ein Yankee im hohen Sternenhut, blauen Frack und rotgestreifter Hose bemüht sich eifrig, jedoch ohne daß seine Anstrengungen zum Ziele führen, um die Öffnung eines starken Geldschranks, dessen Bedeutung durch die Aufschrift „Caja de Conversion“ und „470 Milliones \$ oro“ verständlich wird. Das Blatt erinnert mit diesem Bilde nicht nur an die Tätigkeit der außerordentlich rührigen — und einflußreichen — Kreise, die zurzeit in Kongreß, Versammlungen und Presse laut und beharrlich die Wiederöffnung der Konversionskasse fordern, sondern es übt zugleich eine anschauliche und treffende Kritik an den Leuten, die es verstanden haben, mit Hilfe einer mehr oder minder gutgläubigen, aber zahlreichen Mitläuferschaft diese rein wirtschaftliche Frage auf das Gebiet der Politik zu zerren, wo sie sie im Kampfe um die im kommenden Jahre zur Wahl stehende Präsidentschaft in oft recht gehässiger Weise ausschachten, und hiermit eher dem Interesse des Auslandes als dem der eigenen Heimat dienen.

Argentinien hat seinen, seit langen Jahren fast ununterbrochen wachsenden Goldvorrat zum größten Teil in der „Caja de Conversion“ hinterlegt. Der sichtbare Goldbestand des Landes betrug in Mill. Pesos oro:

	In der Konversionskasse	In den Banken	In den Gesandtschaften	Zusammen
am 31. 12. 1910.	185,99	67,49	—	253,49
„ 31. 12. 1911.	189,05	62,52	—	251,57
„ 31. 12. 1912.	222,88	68,78	—	291,65
„ 31. 12. 1913.	233,20	61,74	—	294,93
am 31. 12. 1914.	221,71	50,26	2,70	274,67
„ 31. 12. 1915.	237,29	26,92	68,34	332,56
„ 31. 12. 1916.	260,32	33,34	56,51	350,18
„ 31. 12. 1917.	261,60	57,06	55,25	373,91
„ 31. 12. 1918.	279,47	54,14	99,57	433,18
„ 31. 12. 1919.	310,03	65,91	79,—	454,94
am 31. 12. 1920.	466,48	57,65	4,12	528,25
„ 31. 3. 1921.	466,48	45,88	4,12	516,48
„ 30. 7. 1921.	466,48	?	4,12	?

Demgegenüber betrug der Notenumlauf in Mill. Pesos Papier:

		Das Deckungsverhältnis durch Gold in der Konversionskasse und in den Gesandtschaften	Sichtbare Goldmenge je Kopf der Einwohnerzahl in Pesos oro
am 31. 12. 1910.	715,98	68,56 %	38,48
„ 31. 12. 1911.	722,92	68,86 „	36,38
„ 31. 12. 1912.	799,80	71,86 „	40,80
„ 31. 12. 1913.	823,26	72,66 „	39,15
am 31. 12. 1914.	803,28	63,49 %	34,50
„ 31. 12. 1915.	987,65	70,33 „	41,27
„ 31. 12. 1916.	1013,10	71,08 „	42,89
„ 31. 12. 1917.	1013,14	71,08 „	45,14
„ 31. 12. 1918.	1154,46	74,62 „	51,49
„ 31. 12. 1919.	1177,17	75,11 „	54,15
am 31. 12. 1920.	1362,56	78,50 %	61,83
„ 31. 7. 1921.	1362,56	78,50 „	?

einschl. Scheidemünzen

Jedesfalls ist aus den entwickelten Gesichtspunkten ersichtlich, daß die Frage des Geldwertes der ehemals deutschen Schutzgebiete eine Bedeutung hat, die es rechtfertigt, daß wir in einem zweiten Artikel auf die Berechnung des Wertes näher eingehen.

Hans Zache

Aus den Tabellen ist unter anderem ersichtlich, daß die Golddeckung des Notenumlaufs ganz ungewöhnlich reichlich, sowie ferner, daß sie seit Ende vorigen Jahres unverändert geblieben ist, während der Vorrat der Banken 1920 und in den ersten Monaten dieses Jahres sogar etwas abgenommen hat.

Eine ähnliche Entwicklung kommt in den Wechselkursen zum Ausdruck, die in den letzten Friedensjahren verhältnismäßig gleichbleibend waren, im Kriege sich dauernd zugunsten der argentinischen Währung bewegten, und seit Anfang 1920 — abgesehen von der Mark, und bei Frank und Lira mit beträchtlichen Schwankungen — die entgegengesetzte Neigung erkennen lassen. Die Kurse für telegraphische Auszahlungen zeigten die nachfolgenden Abweichungen (in Prozenten) von ihrer Wechselparität im Verhältnis zum argentinischen Peso oro:

	Durchschnitt	U.S.-\$	£	frz. fr	ital. Lire	Peseta	„
Juli 1918....	—	4,40	—	6,41	—	12,90	—44,51 +35,87 ohne Notierg.
„ 1919....	—	0,19	—	8,53	—	25,04	—38,04 + 0,81
„ 1920....	—	6,14	—	15,87 ¹⁾	—	55,50	—68,50 —12,50 —89,07
Abw. v. d. Münzpar.							
27. 7. 1921....	+45,19	+	6,75	—	42,00	—	68,75 — 2,50 —92,07

Besonders auffällig ist diese Entwicklung beim nordamerikanischen Dollar. Die Münzparität ist 1 U.S.-\$ = 1,0364 \$ oro; noch im Mai 1920 bewertete der Wechselmarkt beide annähernd gleich, und in der zweiten Hälfte vorigen Monats erreichte der Dollar — unter wilden Schwankungen, die an einzelnen Tagen bis zu 14 und mehr Punkten binnen weniger Stunden betrugen — den Kurs von über 160, um gegen Ende des Monats wieder auf rund 152 herabzusinken.²⁾

Die Abwärtsbewegung des Pesos ist besonders empfindlich für den Einfuhrhandel, dessen Waren in einschneidender Weise verteuert werden. Auch treffen ihn, da er auf Kreditgewährung angewiesen ist, die Kursschwankungen viel unvermittelt als den in der Regel auf sofortige Zahlung haltenden Ausfuhrhandel. Dazu kommt, daß die technischen Eigentümlichkeiten des Bonarenser Platzes eher eine sprunghafte Bewegung der Kurse als ihre Ausgleichung begünstigen. Das Fehlen einer Zentralnotenbank, die durch ihre Diskontpolitik die Kapitalbewegung und damit die Wechselkurse zu beeinflussen vermöchte, kommt infolge der derzeitigen Zerstörung des internationalen Geldmarktes hierbei weniger in Frage als die Tatsache, daß der Terminmarkt in Devisen hier noch recht unentwickelt ist, und die großen in- und ausländischen Banken in der Festsetzung ihrer Schalterkurse selbständig vorgehen.

An und für sich ist nun Argentinien durchaus in der Lage, seiner gut fundierten Währung mit seinem gegenwärtigen Goldbesitz die Parität zurückzugewinnen und auch zunächst zu sichern. Dementsprechend verlangen auch, wie bereits erwähnt, zahlreiche Stimmen die Wiederöffnung der Konversionskasse und die Freigabe der Goldausfuhr als das nächstliegende Mittel, die Kurse wieder in die Hand zu bekommen.

¹⁾ Nach — 32,42 im Durchschnitt Dezember 1919.

²⁾ Am 30. 7. 21 notierte der Banco de la Nacion Argentina telegraphische Auszahlung New York mit 152,80 \$ oro = 100 U.S.-\$.

Bei Kriegsausbruch waren durch Notstandsgesetze — leyes de emergencia — die Goldausfuhr verboten, sowie die Caja de Conversion geschlossen worden, und die betreffenden Gesetze sind, obwohl ursprünglich nur für Kriegsdauer vorgesehen, noch unverändert in Kraft. Ein Antrag auf ihre Aufhebung, der im vorigen Jahre vor die Deputiertenkammer gebracht wurde, blieb ohne Wirkung. Im vergangenen Monat beschäftigte sich die Kammer erneut mit diesbezüglichen Anträgen, die zu sehr heftigen Debatten führten, in deren Verlauf sogar die Rechtmäßigkeit der Verwaltung der Konversionskasse angezweifelt wurde in einer Weise, deren Verklausulierung deutlich erkennen ließ, daß die Angreifer selbst von der Haltlosigkeit ihrer Anschuldigungen im Grunde durchaus überzeugt waren. Calumniare andacter, semper aliquid haeret! Die nicht wenigen guten Gründe für die beantragte Maßnahme gewannen allerdings nicht durch diese unsachliche Agitation.

Der Erfolg der Bewegung blieb aus: die Kasse ist nach wie vor geschlossen, die Goldausfuhr verboten, und wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, dürfte es wohl auch noch einige Zeit im wesentlichen so bleiben.

Gescheitert sind die Bestrebungen vor allem an dem Willen des Präsidenten, der ein entschiedener Gegner der Goldfreigabe ist, und wie in so vielen anderen Fällen, so auch in dieser Sache seinen eigenen Ansichten folgt. An heftigen Angriffen gegen seine Person und Partei hat es aus diesem Anlaß nicht gefehlt, obwohl er im Grunde, wenn auch der veränderten Lage entsprechend, mit entgegengesetzten Mitteln, kein anderes Ziel verfolgt, als seine Vorgänger auch, die noch vor wenigen Jahren, um den zugunsten ihres Landes anziehenden Wechselkurs im Interesse der Ausfuhr zu drücken, die Goldeinfuhr forzierten.³⁾

In einer Mitte vorigen Monats an den Kongreß gerichteten Botschaft hat der Präsident sich ausdrücklich auf die bisher von ihm in dieser Frage befolgte Politik festgelegt und gleichzeitig die Gründe auseinandergesetzt, die sein Handeln bestimmen.

Die Botschaft führt im wesentlichen folgendes aus: Die Lücken im finanziellen Aufbau des Landes, insbesondere das Fehlen einer Notenbank und die dadurch bedingte geringe Elastizität der Geldschöpfung — bekanntlich gibt bzw. nimmt die Konversionskasse nur im reinen „Tauschverfahren“ Gold gegen Papier im festen Wertverhältnis — mahnen zu besonderer Vorsicht mit den vorhandenen Goldvorräten als der tatsächlichen und einzigen Grundlage des gesamten Zahlungsmittelumschlags. Der durch den Krieg hervorgerufene Ausnahmezustand, der seinerzeit das Verbot der Goldausfuhr veranlaßte und rechtfertigte, hat mit dem Ende des Krieges keineswegs aufgehört, besteht vielmehr in voller Schärfe weiter. Frühere Vorfälle aus der Finanzgeschichte des Landes zeigen, daß die Freigabe des Goldes in Zeiten sinkender Wechselkurse zum sofortigen Verschwinden der sichtbaren Vorräte und damit zur Entwertung der Währung führte. Endlich ist das richtige Mittel gegen die augenblickliche Kursentwicklung weniger in der freien Goldausfuhr als in einer Steigerung der Warenausfuhr, verbunden mit einer Beschränkung der Einfuhr auf das Notwendigste, zu suchen.

Der letzte Grund trifft den Kern des Problems: die Handelsbilanz als Hauptfaktor der Zahlungsbilanz, damit der Ausgangspunkt des derzeitigen Standes des Wechselmarktes, und die Stelle, an der eine Behandlung einsetzen muß, die, von vorübergehenden Erfolgen absehend, eine dauernde Heilung zu erreichen sucht.

Argentinien hatte während der Kriegsjahre, wie die meisten neutralen Staaten, einen steigenden Ausfuhrüberschuß, der nach Beendigung des Kampfes sich wieder abwärts bewegt, wie aus der folgenden Aufstellung des Außenhandels 1910—1920 ersichtlich:

Tatsächliche Werte in Mill. Goldpesos (ohne Edelmetallbeweg.)

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamtaußenhandel	Ausfuhrüberschuß
1910.....	389,07	379,35	768,42	9,72
1911.....	342,32	405,02	747,34	-62,70
1912.....	501,67	446,86	948,53	54,80
1913.....	519,16	496,23	1015,38	22,93
1914.....	403,13	322,53	725,66	80,60
1915.....	582,18	305,49	887,67	276,69
1916.....	573,00	366,13	939,13	206,87
1917.....	550,17	380,32	930,49	169,85
1918.....	801,47	500,60	1302,07	300,86
1919.....	1030,97	655,77	1686,74	375,19
1920 *).....	1007,00	854,00	1860,00	153,00

Während von 1919 auf 1920 die Ausfuhr bereits einen im ganzen Jahr noch geringen, in der zweiten Hälfte allein aber recht beträchtlichen Rückgang zeigt, hat die Einfuhr im gleichen Zeitraum um fast 200 Mill. Pesos zugenommen, und zwar liegt der größere Zuwachs des Imports in derselben zweiten Hälfte des Jahres, die einen Rückgang der Ausfuhr um rund 240 Mill. \$ oro gegen die erste Jahreshälfte aufweist. Im neuen Jahr hat sich der Export nicht gebessert; trotz stark gesunkener Preise sind auch die ausgeführten Mengen fast durchweg geringer geworden. Für die Hauptausfuhrartikel liegen folgende Angaben vor:

	1. Halbjahr			1. Halbjahr	
	1921	1920		1921	1920
Weizen.....	1311669	4198685	Butter.....	562517	344372
Mais.....	925592	1917710	Getr. Rindshaut St.	268033	652152
Leinsaat.....	613588	582868	Gesalz. „	846139	1114930
Hafer.....	204154	210104	Wolle.....	143592	130054
Gerste.....	30053	32967	Getr. Rindviert. St.	1976130	2463894
Mehl.....	16580	162906	Gekühlte „	718301	101591
Quebracheholz „	3707	38530	Getorr. Hammel „	1476901	514605
„ Extrakt „	45035	69747	„ Lämmer „	542775	1203191

Dieser Rückgang ist eingetreten, obgleich sich in Belgien, und trotz aller widrigen Umstände vor allem in Deutschland neue, immerhin verhältnismäßig aufnahmefähige Absatzgebiete aufgetan haben. Im ersten Halbjahr 1921 bezog Deutschland von hier 92 583 t Weizen, 122 880 t Mais, 45 839 t Leinsaat, 9023 t Hafer, 8977 t Gerste, 3527 t Quebracheextrakt, 50 344 Rindertrockenhäute, 114 432 Salzhäute, 34 293 Ballen Wolle; Belgien führte rund 200 000 t Getreide, 67 000 Häute und 107 249 Rinderviertel ein.

Die bereits gemachten Angaben über die Zunahme der Einfuhr finden noch eine Ergänzung in folgender Tabelle des Imports:

	1. Halbjahr		Zusammen	
	1920	1919	absolut	in %
Vereinigte Staaten.....	129,87	82,61	47,27	57,3
Großbritannien.....	112,23	63,02	49,22	78,1
Frankreich.....	20,87	10,66	10,21	95,8
Italien.....	17,14	8,49	8,65	101,8
Deutschland.....	8,73	0,03	8,70	—
Japan.....	6,93	16,15	-9,22(1)	-57,1
Belgien.....	6,39	0,01	+6,38	—

Von besonderem Einfluß ist die Bewegung des an erster Stelle stehenden Handels mit Nordamerika, und gerade hier ist der Umschwung besonders auffällig. Während die Union in den acht Monaten vor Ende Februar 1920 noch für 177,03 Mill. U.S.-\$ aus Argentinien einfuhrte und für nur 104,67 Mill. hierher ausfuhrte, hat sie in den acht Monaten, die am 28. 2. 21 endigten, für nur 101,63 Mill. U.S.-\$

*) Vorläufige Zahlen; nur für das 1. Halbjahr 1920 liegen endgültige Ziffern vor mit 407,05 Mill. \$ oro Einfuhr und 624,45 Mill. \$ oro Ausfuhr, womit sich unter Berücksichtigung obiger Zahlen für das 2. Halbjahr 1920 382,55 Mill. \$ oro Ausfuhr und 446,95 Mill. \$ oro Einfuhr ergeben.

3) Vgl. Dr. F. Bendixen: „Geld und Kapital“, 2. Aufl., Jena 1920, S. 44/45

eingeführt und für 166,30 Mill. U.S.-\$ hierher ausgeführt; die Zahlen haben sich mithin völlig umgekehrt: aus einem Saldo von 72,36 Mill. U.S.-\$ zugunsten von Argentinien sind im Laufe eines Jahres 64,68 Mill. U.S.-\$ zugunsten der Vereinigten Staaten geworden. Im ganzen Jahre 1920 wuchs die Einfuhr aus Nordamerika — hauptsächlich Kraftwagen, Kohle, Baumwollgewebe, Schienen, Eisen und Schmieröle — um 37 % gegen 1919, während die Ausfuhr aus Argentinien nach der Union nur um ganze 4 % stieg, wobei eine Verringerung bei Häuten und Wolle durch einen Zuwachs bei Leinsaat und Weizen ausgeglichen wurde.

Angesichts dieser Entwicklung ist die in der Botschaft des Präsidenten ausgesprochene Absicht, die Wechselkurse sich selbst zu überlassen, um auf diesem Wege allmählich zu einem natürlichen Ausgleich zwischen Ex- und Import zu kommen, verständlich. Ein großer Teil der Einfuhr, die durch die sinkende Kaufkraft des Pesos erschwert wird, ist auf die kolossalen Luxusbedürfnisse des Landes zurückzuführen, während die im Sinken des Kurses liegende Exportprämie — natürlich alles innerhalb gewisser Grenzen und in Anbetracht der unbestrittenen inneren Stärke der argentinischen Währung — der Ausfuhr mehr nutzen kann als die sonstigen viel beredeten und geplanten Maßnahmen, die über bisher recht bescheidene Exportkredite und schon wirksamere Zollerleichterungen nicht hinausgekommen sind. Den Goldvorräten des Landes kommt hierbei gewissermaßen die Rolle einer „fleet in being“ zu.

Andererseits haben natürlich gerade die Nordamerikaner ein ganz besonderes Interesse daran, daß Argentinien sich seiner Goldreserve entäußert, einmal, um den Absatz ihrer Industrieerzeugnisse hierher zu erleichtern, dann aber auch, um Argentinien, das in der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte der scharfe Wettbewerber der Union ist, hinter dem gleichen Valutahindernis zu sehen, das der hohe Stand des Dollars der Ausfuhr der Staaten bereitet. Außerdem würde wohl in diesem Falle der größte Teil des argentinischen Goldes nach Nordamerika fließen, das bereits jetzt den größten Teil der sichtbaren Goldvorräte der Erde in seinen Stahlkammern liegen und es auch auf die letzten noch „freien“ Reserven abgesehen hat.

Wenn sich die hemmende Wirkung des sinkenden Pesokurses noch nicht in der gerade in den ersten Monaten dieses Jahres noch immer gewachsenen Einfuhr aus Nordamerika bemerkbar gemacht hat, so liegt dies einmal daran, daß ein sehr großer Teil der Einfuhr aus den Staaten noch unverkauft und auch sehr schwer verkäuflich in den Lagerschuppen der argentinischen Einfuhrhäfen liegt, wo er wegen der zurückgegangenen Kaufkraft nur schwer Absatz findet; diese Ware erscheint bereits in der nordamerikanischen Ausfuhrstatistik, ohne jedoch durch Bezahlung in das Eigentum argentinischer Käufer übergegangen zu sein. Ein zweiter Grund, der allerdings zahlenmäßig nicht leicht zu erfassen ist, liegt darin, daß trotz des Sinkens seines Kurswertes die „Kaufkraft“ des Pesos infolge des Sinkens der Warenpreise in den Staaten seit einer ganzen Reihe von Monaten annähernd gleich geblieben ist.

Liegt es somit in mancher Hinsicht in Anbetracht der anormalen Weltwirtschaftslage im Interesse des Landes, die mit der Unsicherheit und dem Fallen des Kurses verbundenen Folgen in den Kauf zu nehmen, so ist noch eine andere Frage, ob Argentinien überhaupt in der Lage ist, bei fortschreitender und dauernder Verschlechterung seiner Handelsbilanz allein durch Goldausfuhr für lange

Zeit seine Zahlungsbilanz auszugleichen. Eine endgültige Antwort hierauf läßt sich natürlich nicht geben, da zu viel unbekannte Größen in Betracht kommen, und der Mangel an ausreichender Statistik läßt selbst für die letzten vergangenen Jahre nur annähernde Schlüsse zu, die immerhin für die Beurteilung der Frage nicht ohne Wert sind.

Eine private Aufstellung nimmt folgende Zahlungsbilanz für die Zeit vom 1. 10. 17 bis 30. 9. 18 an (in Mill. \$ oro):

Haben		Soll	
Ausfuhr, realer Wert..	756,60	Einfuhr, realer Wert..	479,40
Einmalige, durch den Krieg veranlaßte Habenposten.....	7,50	Einmal., durch d. Krieg veranlaßte Sollposten.	191,70
Sonstige Habenposten.	23,65	Goldeinfuhr.....	58,04
Saldo.....	160,19	Kapitalrückzahlung....	52,70
		Zinsen auf fremdes, im Lande arbeit. Kapital.	146,10
		Ersparn. fremd. Arbeiter	15,00
		Sonstige Sollposten ...	5,00
		947,94	947,94

Unter den einmaligen, durch den Krieg veranlaßten Sollposten sind rund 190 Mill. \$ oro Anleihen an kriegführende Staaten enthalten, die zusammen mit den Beträgen für Goldeinfuhr und Kapitalrückzahlung und abzüglich des Saldos ein Aktivum der Zahlungsbilanz in Höhe von 140,55 Mill. \$ oro ergeben.

Für das Jahr 1920 stellen sich die Zahlen nicht so günstig. Die Ausfuhr ergibt einen Überschuß von nur noch 153 Mill. \$ oro; die Goldeinfuhr erscheint zwar noch mit 143,17 Mill., aber ein großer Teil hiervon stammt aus den in vorhergehenden Jahren vorübergehend in den Gesandtschaften hinterlegten Summen. Sehr viel höher sind die Ersparnisse fremder Arbeiter anzusetzen. Während 1918 noch das Land durch Auswanderung 8400 Menschen verlor, zeigte die Einwanderung 1920 per Saldo ein Mehr von 39 800 Köpfen. Die Ziehungen des Banco de la Nacion auf Italien und Spanien, von denen ein erheblicher Teil die ersparten Rimessen italienischer und spanischer Arbeiter umfaßt, zeigen folgende Entwicklung:

	1918	1919	1920
Spanien .	20 563 000 Ptas.	52 593 786 Ptas.	66 672 360 Ptas
Italien ..	20 648 000 Lire	61 746 000 Lire	147 638 532 Lire

Die Privatbanken zogen die folgenden Beträge (für 1920 liegen die Zahlen nicht vor):

	1918	1919
Spanien {Zahl der Käufer..	100 041	118 366
{Betrag.....	64 419 137 \$ oro	76 963 923 \$ oro
Italien. {Zahl der Käufer..	107 669	148 206
{Betrag.....	69 238 864 \$ oro	149 340 443 \$ oro

Wenn man demnach die Ersparnisse fremder Arbeiter mit 45 Mill. Goldpesos ansetzt und die für die Verzinsung fremden Kapitals erforderlichen Summen mit dem gleichen Betrag wie 1918 — ohne Berücksichtigung des Umstandes, daß die Eisenbahngesellschaften, deren Kapital einen hohen Bestandteil der fremden Anlagen ausmacht, in 1920 eine Durchschnittsdividende von 4,24 % verteilen gegen 3,01 % in 1918 (letzte Zahl allerdings unter Berücksichtigung der Staatseisenbahnen) —, so halten sich die aus diesen Zahlen ergebenden Aktiv- und Passivposten bereits annähernd die Wage.

Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz ist demnach bei der Höhe des fremden, hier arbeitenden und Verzinsung suchenden Kapitals, durch Goldabgabe nur dann für längere Jahre durchzuführen, wenn die Goldausfuhr nur als verhältnismäßig bescheidener Zusatz zu einer die Einfuhr erheblich überwiegenden Warenausfuhr in Anspruch genommen wird.

Deutschland

Zur Lage der deutschen Industrie im August I

Die Belebung des Geschäftes war im August deutlich wahrnehmbar und steigend. Fast alle Industrien konnten die zahlreichen Bestellungen nicht mehr bewältigen. Es ist eine Scheinhausse eingetreten von einem Umfang, wie sie nicht erwartet werden konnte. Die drohend heran nahenden Teuerungswellen haben durchweg zu weit über den Bedarf hinausgehenden Käufen Veranlassung gegeben, die — nach einer richtigen Bemerkung des „Reichsarbeitsblattes“ Nr. 23, dem die nachfolgenden Angaben entnommen sind — ein Zeichen gewisser Angst und zunehmender Spekulation zu sein scheinen. Es handelt sich mithin um eine vorübergehende Konjunktur, die mit einer Gesundung des Wirtschaftslebens nichts zu tun hat. Denn die Zahl der Konkurse war im verflissenen August wesentlich höher als im gleichen Monat des vorigen Jahres und noch ebenso hoch wie im vergangenen Juli. Allerdings ist die Besserung des Beschäftigungsgrades in Ostpreußen, Berlin, Brandenburg, Anhalt, Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, im Bezirk Augsburg und Ludwigshafen, sowie in Baden erfreulich. Andererseits sind im Rheinland Zeichen von Unsicherheit und zum Teil sogar von unmittelbarer Verschlechterung der Lage festzustellen.

Da die Reichs-Indexziffern für die Lebensmittelhaltung — also für die Ausgaben für Ernährung, Bekleidung und Wohnung — von 963 im Juli auf 1045 im August gestiegen sind, die Erhöhung im Laufe eines Monats also 8,5 v. H. beträgt, so dürfte die Teuerung verhängnisvollere Folgen haben wie die Scheinhausse eine Verbesserung der Lage herbeiführen könnte. Die typischen Industriebetriebe weisen allerdings — nach einzelnen Berichten an das R.-A. — eine bedeutende Verbesserung der Geschäftsverhältnisse auf. Von 1457 berichtenden Einzelunternehmungen mit fast 1,8 Mill. Beschäftigten konnte eine Abnahme der schlecht beschäftigten Unternehmungen von 41 v. H. auf 36 v. H. in diesem Monat verzeichnet werden. Die Zahl der Unternehmungen mit gutem Geschäftsgang ist von 26 v. H. auf 30 v. H. gestiegen. Es sind also noch immer mehr Betriebe schlecht als gut beschäftigt. Immerhin sank die Zahl der in schlecht beschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter — den Stand am 15. 11. 20 gleich 100 gesetzt — auf 167, also unter den Stand vom 15. 4. 21.

*

Die Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet ist in den 27 Arbeitstagen des August auf 8,13 Mill. t gegen 7,78 Mill. t in den 26 Arbeitstagen des Juli gestiegen. Die arbeits-tägliche Förderung ist jedoch unwesentlich gesunken: von 293 414 t vom 1.—23. 7. auf 292 750 t vom 1.—23. 8. Die Sanktionen machten sich auch weiterhin als schwere Schädigungen bemerkbar; es wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob und wann die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen im besetzten Gebiet restlos zur Aufhebung gelangen. Ebenso kann von einer Besserung erst die Rede sein, wenn eine Einigung in der Frage der Lohnerhöhungen erzielt sein wird. Der Wagenmangel hat sich auch weiterhin verschärft, sowohl infolge der Sanktionen, wie durch die stärkere Inanspruchnahme der Wagen für Kartoffeln und Auslandsgetreide. Es sind für Kohlen, Koks und Briquets zu Anfang September im arbeits-täglichen Durchschnitt 20 598 Wagen — gerechnet zu je 10 t — angefordert, jedoch nur 20 265 gestellt worden, während in der gleichen Zeit des Vorjahres durchschnittlich 21 651 Wagen zur Verfügung standen. Die Lagerbestände wuchsen bis zum 27. 8. erheblich an; in den ersten

Septembertagen erfolgte erstmalig eine Abnahme derselben. Am 3. 9. lagerten insgesamt noch 353 392 t Brennstoff auf den Hal-den. Die starke Nachfrage nach Kohlen blieb unverändert. Wesentlich war für die Kohlenversorgung der deutschen Industrie, daß die Zwangslieferungen des Spaarer Abkommens von 2,2 Mill. t für August und September auf 1,6 Mill. t herabgesetzt wurden. Allerdings hatte Frankreich in den Vormonaten die volle Ablieferung der bisher geforderten Mengen nicht in Anspruch genommen.

Die Steinkohlenförderung Oberschlesiens betrug im letzten Monat 2,07 Mill. t, blieb also hinter der Aprilförderung zurück, denn diese hatte 2,9 Mill. t erreicht. Eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten, zumal eine Einigung über die Lohnforderungen bisher nicht erzielt worden ist.

Die Förderung im Mitteldeutschen Braunkohlenggebiet hielt sich auf mittlerer Höhe. Da es an Absatz für Rohkohle mangelte, wurde die Einlegung von Feierschichten notwendig; erst gegen Monatsende trat eine leichte Besserung ein. Die Nachfrage nach Briquets und Grudekoks stieg. Da die Bergarbeiter-Organisationen die Tarife zum 30. 9. gekündigt haben, so ist eine Stockung der Förderung denkbar. Auch im Braunkohlengewerbe Sachsen-Anhalts herrscht Absatzmangel. Dagegen hat die Torfgewinnung in diesem Jahre gute Ergebnisse erzielt. Die Versorgung mit Torf ist außerordentlich groß und dürfte daher nicht ohne Einfluß auf die gesamte Brennstoffversorgung bleiben. Da die Betriebszeit im August beendet worden ist, so haben weitgehende Entlassungen stattgefunden, jedoch konnte der größte Teil der Arbeiter in der Landwirtschaft sowie bei verschiedenen Notstandsarbeiten untergebracht werden.

Der Absatz der Erzbergbauprodukte hat auch weiterhin mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen; die Lage hat sich weitgehend verschlechtert. Die Gruben mußten nach wie vor Feierschichten einlegen; um die für Lohn- und Gehaltszahlungen notwendigen Mittel flüssig zu machen, waren einige von ihnen gezwungen, ältere Haldenbestände ohne Nutzen zum Verkauf abzustößen. Eine Besserung auf dem Brauneisensteinmarkt kann vorläufig nicht erwartet werden; es sei denn, daß die Forderungen der rheinisch-westfälischen Hochöfenwerke durchzusetzen seien. Da die Verteuerung der Auslandserze infolge des Sinkens der Reichsmark sehr wesentlich ist, so könnte auf dem inländischen Erzmarkt allerdings eine Besserung erwartet werden.

Die Kaliindustrie konnte eine Belebung des Geschäftes feststellen. Allerseits ist man bemüht, noch vor einer zu erwartenden Preiserhöhung den Bedarf zu decken. Die Nachfrage ist daher erheblich gestiegen, die Ausfuhr ist jedoch immer noch ungenügend. Infolge der hohen Frachtkosten scheint sich der Absatz zugunsten der höherprozentigen Kali-Düngesalze auf Kosten des Absatzes der Kali-Rohsalze erheblich zu verbessern. Schwer lastet auf der Kaliindustrie der Wagenmangel. Im August wurden in der ersten Dekade 27,6 v. H. der Wagen nicht gestellt; in der zweiten Dekade sogar 50,8 v. H., während im Vorjahr die Summe der nicht gestellten Wagen weniger als 8,8 v. H. betrug.

Der Auftragseingang der Metallindustrie ist ständig gestiegen; die Besserung hält sich jedoch — gemessen an der Leistungsfähigkeit der Werke — in bescheidenen Grenzen. In größeren Werken beträgt z. B. der Beschäftigungsgrad

im Durchschnitt nur 50 v. H. der Leistungsfähigkeit. Das Auslandsgeschäft hat sich offensichtlich gelegt; besonders wirken die hohen Schutzzölle verschiedener Staaten sehr drückend auf den Handelsverkehr ein. Bei den Inlandsaufträgen handelt es sich weitgehend um Spekulationskäufe. Die Lohnbewegung setzt in starkem Maße ein; die nicht entbehrlichen ausländischen Rohstoffe werden täglich teurer. Da auch eine Steigerung der Kohlenpreise zu erwarten ist, und die Metallindustrie mit einer starken Vermehrung des Steuerdruckes rechnen muß, so ist mit einem erheblichen Wachsen der Selbstkosten zu rechnen, womit auch hier eine Preissteigerung einsetzen wird. Der Roheisenverband hält jedoch an den bisherigen Höchstpreisen bis zum Ende Oktober fest, da er den vermehrten Bestellungseingang nur für eine vorübergehende Erscheinung hält. Man befürchtet Rückschläge in der Zukunft und spricht auch hier von einer Scheinkonjunktur. Die Zahl der in gut beschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter ist im August von 2,4 auf 9,1 v. H. gestiegen, die der ausreichend Beschäftigten von 13,9 auf 22,7 v. H.; dagegen ist die Zahl der schlecht Beschäftigten von 82,6 auf 68,2 v. H. zurückgegangen. Im allgemeinen herrscht immer noch ein starkes Überangebot von Arbeitskräften, d. h. besonders von Ungelernten. Eine starke Lohnsteigerung hat überall eingesetzt. Es wird berichtet, daß sich in Mitteldeutschland, besonders in Braunschweig, Halle, Brandenburg und Schlesien eine Kampf Stimmung unter den Arbeitern bemerkbar macht, die zu Ausbruch von Streiks und Aussperrungen geführt hat. Die Preissteigerungen für einzelne Produkte sind recht erheblich; so z. B. für Stabeisen von 1700 auf 2300. Ebenso stark sind die Steigerungen für Formeisen und Walzdraht sowie für Kupfer, Blei und Zink. Eine Ausnahme bildet Zinn, welches eine Preissenkung erfahren hat. Mit Rohstoffen war die Metallindustrie im allgemeinen normal versorgt. Die Produktion von Halbzeug und Fertigwaren steigt andauernd. Als besonders gut kann die Beschäftigung der Werke für Stab- und Bandeisen, für Feinbleche und Drahterzeugnisse — z. T. infolge der Nachfrage des Auslandes — bezeichnet werden.

Auch die Kleineisen- und Fertigwarenindustrie hat eine Steigerung ihrer Umsätze erfahren, teilweise, z. B. in der Bohrer- und Zangenindustrie bis zu 25 v. H. Das Gleiche gilt für die Aluminium- und Emaillewarenindustrie, die Schloßindustrie und die kleineren Metallfertigungen.

In der Maschinenindustrie wird einesteils von einer Belebung des Geschäftes, andernteils von Absatzschwierigkeiten berichtet. Besonders Süddeutschland leidet unter der starken Geschäfterschwerung durch die Sanktionen. Dies tritt auch in den angegebenen Zahlen der Berichte der typischen Betriebe zutage. Insgesamt wurden in diesen Betrieben 227 000 Arbeiter beschäftigt. Wohl stieg die Zahl der in gut beschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter von 17,4 v. H. auf 21,9 v. H., es sank jedoch die Zahl der Betriebe mit ausreichender Beschäftigung von 38,7 auf 27,3 v. H. und die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe stieg von 38,9 auf 45,9 v. H. In der Maschinenindustrie ist gleichfalls eine Lohn- und Streikbewegung ausgebrochen. Es sind zum Teil jedoch bereits Lohn erhöhungen bewilligt worden; in einem Werk z. B. solche von durchschnittlich 25 v. H., in einem sogar von 33½ v. H.

Im allgemeinen Maschinenbau, besonders was Werkzeugmaschinen anbetrifft, ist das Auslandsgeschäft lebhafter als das inländische; dies gilt vor allem in bezug auf Hafenkräne. Der Beschäftigungsgrad der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen ist weiterhin günstig. Auch der Lokomotivbau weist eine befriedigende Geschäftslage auf;

die Fabriken sind bis Anfang nächsten Jahres mit Aufträgen versorgt. Allerdings befürchtet man, daß Inlandsbestellungen nicht mehr erfolgen würden und im Auslandsgeschäft noch kritische Tage zu erwarten sind. Besonders auf dem süd-amerikanischen Markt ist die Konkurrenz der Vereinigten Staaten durch Preisunterbietungen und Gewährung langfristiger Kredite im Wachsen; es stehen jedoch Aufträge von russischer Seite und aus Serbien in Aussicht. Gute Beschäftigung weist zurzeit auch der Eisenbahnwagenbau auf. Das Eisenbahnzentralamt hat neue Aufträge bis zum 1. 4. 22 für Güterwagen und bis zum 1. 6. 22 für Personenwagen erteilt. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß die neuen Aufträge nur zu ermäßigten Preisen erfolgten, während die Selbstkosten dauernd steigen. Ein größeres rheinisches Werk hat einen ansehnlichen belgischen Auftrag erhalten. Dauernde Beschäftigung hofft man auf Grund der Reparationsforderungen erhalten zu können. Während die Fahrradindustrie gut beschäftigt ist, sind Werke, welche Beleuchtungen und Signalinstrumente für Fahrzeuge herstellen, in kritischer Lage.

Auch im Schiffbau ist die Lage keineswegs günstig. Die Reichszuschüsse gehen bereits zur Neige, da die Reeder in Erwartung größerer Zuschüsse umfangreichere Aufträge erteilen als tunlich war. Unvollendete Bauten müssen daher auf den Hellingen liegen bleiben und sperren den Betrieb. Stilllegungen und Arbeiterentlassungen werden erwartet.

In der Elektrizitätsindustrie gehörten von 133 000 Beschäftigten 86 v. H. den Betrieben mit befriedigendem Geschäftsgang an; gut beschäftigt waren nur 5 v. H. gegen 6 v. H. im Juli, schlecht beschäftigt 9 v. H. Das Inlandsgeschäft war im allgemeinen lebhaft, das Auslandsgeschäft litt unter den Sanktionen.

Die Lage der chemischen Industrie ist sich gleich geblieben. Eine Besserung des Auslandsgeschäftes konnte nicht verzeichnet werden; der Inlandsabsatz von Farbstoffen bot hierfür keinen Ausgleich. Noch immer ist der Absatz an Farbstoffen unter dem Friedensstand von 1913 geblieben. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter hat daher einen weiteren leichten Rückgang erfahren.

Die Textilindustrie kann im allgemeinen ein Anhalten der Besserung verzeichnen. Die Berichte, die sich auf 243 Firmen mit 120 000 Beschäftigten beziehen, weisen ein Ansteigen der Zahl der in gut beschäftigten Unternehmungen tätigen Arbeiter von 46 v. H. auf 60 v. H. auf. Die schlecht beschäftigten Betriebe sind von 16 auf 10, die mit befriedigendem Geschäftsgang von 35 auf 29 v. H. zurückgegangen. Die Nachfrage ist so stark, daß sie zum Teil nicht befriedigt werden konnte. Dies trifft besonders auf das Wollgewerbe zu, so daß es den Fabrikanten gelang, bisher unverkäufliche Bestände von sog. Kriegsware abzustößen. Nach Berliner Angaben sind Spinnereien, Webereien und Kämmereien bis einschließlich der ersten Monate des nächsten Jahres und sogar noch weiter hinaus mit Aufträgen versorgt. In der Leinenindustrie haben die Werke ihre Erzeugnisse bis Ende dieses Jahres ausverkauft. Ebenso lauten die Berichte aus fast allen Teilen der Textilveredelungsindustrie günstig. Es sind jedoch wesentliche Preissteigerungen zu erwarten, da die Arbeitnehmer in verschiedenen Bezirken die Tarife zum 1. 9. gekündigt haben und sehr erhebliche Lohnforderungen stellen. Ein Teil der Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe steht im Zeichen der Hochkonjunktur, stellenweise besteht empfindlicher Mangel an Arbeitskräften. Eine gute Beschäftigungslage besteht auch in der Schuhindustrie.

Lettland

Vorläufige Vereinbarungen über ein deutsch-lettisches Handelsabkommen — Lettlands Kapitalbedürfnis und wirtschaftliche Schwäche

Am 31. 8. d. J. ist eine vorläufige Vereinbarung über ein deutsch-lettisches Wirtschaftsabkommen unterzeichnet worden. Bevollmächtigte Vertreter haben sich auf ein Projekt geeignet, das den beiderseitigen Regierungen zur Ratifizierung vorgelegt werden soll. An die Veröffentlichung dieses Projektes in der lettischen Presse knüpfte sich ein Mißverständnis. Ein scharfes Dementi in der „D. Allg. Ztg.“ erklärte, es sei bloß eine vorläufige unverbindliche Vereinbarung erfolgt zwischen nicht einmal „bevollmächtigten“ Vertretern beider Regierungen. Demgegenüber wendet die lettische Presse ein, daß es sich tatsächlich nur um ein Projekt eines Handelsabkommens, jedoch um ein ordentliches, von bevollmächtigten Sachverständigen beratenes handelt. Es ist nicht erfindlich, warum deutscherseits dieser Streit um den „I-Punkt“, dazu noch in wenig verbindlicher Form, heraufbeschworen worden ist. Denn gegen den Sinn der vorläufigen Vereinbarung ist auch von unseren offiziellen Stellen nichts bemerkt worden. So macht man immer wieder die Erfahrung, daß im Auslande leise erwachendes Zutrauen zu deutschen Absichten im Keime erstickt wird; denn daß man nun unnützerweise durch die Schärfe des Tones in Lettland verletzt hat, kann nicht geleugnet werden.

Nach den Angaben des lettländischen Unterstaatssekretärs des Äußeren Albat besteht die genannte Vereinbarung aus 18 Paragraphen und 2 Anlagen, die eine Eisenbahnkonvention für den Warenkredit enthalten. Lettland und Deutschland billigen sich das Meistbegünstigungsrecht zu. Der Ein- und Ausfuhrhandel gilt als frei. Einschränkungen besonderer Art werden festgesetzt und müssen in bestimmtem Rahmen gehalten werden. Die Vereinbarung enthält sodann einen recht wichtigen Hinweis auf die lettischen Verhältnisse. Es wird nämlich erklärt, daß das Zoll- und Steuersystem forab stabiler gehalten sein müsse. War es doch dem deutschen Handel besonders unangenehm, wie systemlos Zoll- und Steuerverfügungen in Lettland auf den Handel niederprasselten.

Der wichtigste und vielleicht fraglichste Teil des Abkommens betrifft einen deutscherseits an Lettland zu gewährenden Warenkredit. Es soll bei uns eine Organisation aus den interessierten Kapitalistengruppen geschaffen werden; diese räumt dem lettischen Staat einen Kredit bis zur Höhe von 500 Mill. *M* ein. Die lettische Regierung übernimmt die Garantie der Zahlung, und die lettischen Käufer schließen ihre Käufe direkt mit der neu zu gründenden Organisation ab. Als Anzahlung sind 10 % des Kaufpreises genannt; die Restsumme soll jeweilig nach der Art der Waren von 18 Monaten bis zu 10 Jahren gestundet werden, wobei die in Betracht kommenden Zinsen nicht mehr wie 1 % über den jeweiligen Diskont der Reichsbank betragen sollen. Auf diese Weise sollen unter amtlicher Garantie für die Lieferungstermine und die Qualität der Waren geliefert werden: landwirtschaftliche und industrielle Maschinen, Verkehrsmaterial, Lehrgegenstände, Instrumente, Chemikalien, lebendes Inventar, Kunstdünger usw.

Es wird abzuwarten sein, ob die beiden Regierungen diese Form des Warenkredites genehmigen werden. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet wäre es gewiß erfreulich, wenn der deutschen Industrie auf längere Zeit hinaus der geregelte

Absatz größerer Warenmengen in Lettland auf diese Weise gewährleistet werden würde.

Andrerseits könnte eine derartige Organisation leicht eine Beeinträchtigung des freien deutschen Handels bedeuten, denn es handelt sich bei der Wichtigkeit des lettländischen Marktes nicht nur darum, ein Absatzgebiet zu schaffen, sondern auch sonst festen Fuß zu fassen, um von hier aus im geeigneten Augenblick mit Rußland in Beziehungen treten zu können. Es wäre zu bedauern, wenn zugunsten einer Monopolsorganisation gerade die Elemente behindert werden würden, die in erster Linie geeignet sind, Markt und Land richtig zu behandeln, d. h. also die Exporteure. Die Tendenz gewisser Kreise des Unternehmertums und des Kapitals, den Exporteur auszuschalten, dürfte in Osteuropa in keiner Weise angebracht sein, denn die alten und zum Teil schon neu gewonnenen Beziehungen, die weitgehende Einstellung auf die Landesbedürfnisse und die tiefere Kenntnis der Verhältnisse sind vom Exporteur eher zu erwerben, wie vom Unternehmer.

Ob der lettische Staat instande ist, weitgehende Verpflichtungen zu übernehmen, kann hier nicht untersucht werden. Es sei darauf hingewiesen, daß die lettische Republik wohl über einen Goldvorrat von 20 Mill. *M* verfügt, andererseits hat sie aber, wie wir der „Times“ vom 1. 9. d. J. entnehmen, die Zinsen für die von englischer Seite gewährten Kredite nicht bezahlt, so daß weitere englische Kredite nicht in Frage kommen.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Einstellung der Zinsenzahlung an England mit der Liquidierung des verfallenen englisch-lettischen Flachsgeschäftes zusammenhängt. In diesem Falle wäre der Grund nicht im Mangel an Zahlungsmitteln, sondern vielleicht in einer englisch-lettischen Differenz zu suchen (s. „W.-D.“ 1921 Nr. 11).

Es ist zu hoffen, daß es mit der endgültigen Beschlußfassung und Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens nicht mehr lange dauert, denn der deutsche Handel leidet schwer unter der seit dem Juni 1920 währenden Vertragslosigkeit.

Wir haben ein unbedingtes Interesse daran, möglichst bald einen geordneten Handelsverkehr mit den Randstaaten pflegen zu können. Es ist in diesen Tagen deutlich geworden, daß man in Lettland offensichtlich darauf drängt, gerade mit Deutschland ins Reine zu kommen. Wozu also Zeit verlieren? Zumal man mit Estland z. B. überhaupt noch nicht zu Wirtschaftsverhandlungen gekommen ist. Beide Staaten sind ebenso wie Litauen sehr stark daran interessiert, die Beziehungen zu uns auszubauen, zumal man mit England in wirtschaftlicher Beziehung manche Enttäuschung erlebt hat, Frankreich sich stark zurückhält und die Konkurrenz der Amerikaner und Skandinavier immer reger sich gestaltet.

Die Bedeutung unserer Handels- und Schifffahrtsbeziehungen mit Lettland erhellt auch aus folgenden Angaben: im ersten Halbjahr 1921 sind in Lettland eingetroffen: aus Deutschland 275 Schiffe, aus Schweden 103, aus Dänemark 92, aus England 51, aus Holland 23, aus Norwegen 11, aus Estland 10, Litauen 4, Frankreich und Belgien je 3, Polen und Amerika je 1 Schiff. Diese Schiffe hatten einen Gesamt-schiffsraumgehalt von 286 590 t.

Neben einem langsam anschwellenden und sich dennoch in bescheidenen Grenzen haltenden deutsch-lettischen Handel tritt das deutsche Interesse am jungen Oststaat noch durch

Beteiligung des deutschen Kapitals an Neugründungen zutage. Deutsches Kapital arbeitet in der metallverarbeitenden, der chemischen und der Textilindustrie, sowie im Bankwesen. Durch deutsche Vermittlung ist auch englisches und französisches Kapital herangezogen worden. Die „Osteurop. Wirtschaftsztg.“ Nr. 36 weist mit Recht darauf hin, daß in dieser vermittelnden Tätigkeit die besondere Bedeutung des deutschen Kaufmanns liegt, da er von allen Ausländern am besten orientiert zu sein pflegt. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß in den verschiedensten lettischen Kreisen noch immer ein gewissen Mißtrauen gegen alles Deutsche herrscht, und somit die Beteiligung des deutschen Kapitals eine besondere Anerkennung der deutschen Wirtschaftskraft bedeutet. Es handelt sich hierbei um, zum Teil, recht großzügige Unternehmungen. So meldet die „Jaun. Sinas“, daß eine deutsche Kapitalistengruppe die erforderlichen Mittel zur Umwandlung der Libauer Kriegshafenwerkstätten — die jetzt noch Staatsunternehmen sind — in eine private Aktiengesellschaft angeboten habe. Die lettische Regierung werde sich an dieser Gesellschaft mit dem größten Teil der Aktien beteiligen; der Wert der Fabrik wird auf 10 Mill. Goldrubel geschätzt. Die gleiche Finanzgruppe hat auch in einem anderen der baltischen Staaten Unterhandlungen über die Abnahme der Erzeugnisse der Libauer Werke eingeleitet. Es ist Maschinen- und Schiffsbau in großem Maßstabe in Aussicht genommen. Da ein Teil der neugegründeten Unternehmungen mit deutscher Beteiligung zustande gekommen sind, so sei ein Verzeichnis der Neugründungen von Aktiengesellschaften in Lettland im ersten Halbjahr 1921 wiedergegeben:

Aktienkapital in Mill. lett. Rubel

„Wostok“, Handels- und Industriegesellschaft: Holzbearbeitung.	2
„Sibirisch-lettische Gesellschaft“: Rückführung in Rußland verbliebener lettländischer Kapitalien.	5
„Ausstellung“, Akt.-Ges.: Veranstaltung von Ausstellungen.	1
„I. A. Kukurs“: Herstellung von Druckerzeugnissen und Kontobüchern.	2
„Industrie“, Handels- und Industrie-Gesellschaft: Förderung des Exports.	1
„Lettischer Film“, Akt.-Ges.: Herstellung von Filmartikeln.	1
„F. I. Stall“, Akt.-Ges.: Mehllieferung an die Regierung.	0,6
„Aktiengesellschaft der lettländischen Tabakfabrik“: Kultivierung und Bearbeitung von lettländischem Tabak.	1
„Lettische Telegraphen-Gesellschaft“: Installation von Telegraphen- und Telefonapparaten.	8
„Handels- und Industrie-Gesellschaft für Musikinstrumente“: Fabrikation von Musikinstrumenten.	2
„Banko“ Schwedische chemische Fabrik, Akt.-Ges. Bearbeitung und Ausfuhr örtlicher Rohstoffe.	1,5
„Zenith“, Akt.-Ges.: Export und Import von technischen Artikeln.	2
„Handels- und Industrie-Gesellschaft“: Organisation von Industrieunternehmen.	1
„Lettländische Schiffbau-Gesellschaft“: Schiffbau.	2
„Amat“, Elektrische Gesellschaft: Elektrische Installationen.	15
„G. Schönfeld“, Akt.-Ges.: Handel mit Eisen-, Stahl- und Papierwaren.	2
„Aktiengesellschaft für den Wiederaufbau Lettland“: Ausfuhr von Rohstoffen und fertigen Erzeugnissen.	5

Eine weitere Reihe stillgelegter oder evakuierter Betriebe sind bemüht, staatliche Subventionen zu erhalten, um wieder arbeiten zu können. So sucht zurzeit die frühere erste russische Superphosphatfabrik bei der lettischen Regierung um ein Darlehen von 110 Mill. lettischen Rbl nach, um, wie vor dem Kriege, 400 000 Sack 20 %igen Superphosphates zu erzeugen. Eine schwedische Gesellschaft will die Fabrik mit einem Kapital von 1 Mill. schwedischer Kr übernehmen, verlangt jedoch das erwähnte Darlehen, zollfreie Einfuhr von Ma-

schinen, Einführung eines Prohibitivzolles auf fünf Jahre im Betrage von 25 Rbl je Pud und das Monopol für Superphosphatfabrikation. Dieser, wie andere Pläne zum Wiederaufbau der seinerzeit evakuierten oder durch den Krieg zerstörten Industrie Lettlands basieren gewöhnlich auf einer reichlichen Staatssubvention. Staat und Regierung sind jedoch nicht in der Lage, auch nur dem kleinsten Teil der an sie gemachten Ansprüche zu genügen. Die Einnahmen decken kaum die Ausgaben, das Sinken der lettischen Valuta hat außerordentliche Verluste gebracht, der Handel noch nicht entfernt den Aufschwung genommen, der von manchen Optimisten erwartet worden war. Ohne größere Kredite wird es auf die Dauer nicht gehen. Um diese zu beschaffen, ist den lettländischen Gesandten in Paris und London der Auftrag erteilt worden, mit ausländischen Kapitalisten über die Ausbeutung der Eisenbahnen, über den Dünaausbau, die Begründung einer Emissionsbank usw. Verhandlungen einzuleiten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bemühungen Erfolg haben werden. Zumal in London, wo, wie erwähnt, aus verschiedenen Gründen nur wenig Neigung vorhanden zu sein scheint, sich für Lettland weiter zu engagieren. Da die lettländische Regierung noch immer keine wirklich sachgemäße Einstellung zu den Wirtschaftsfragen hat finden können, wäre es nicht zu verwundern, wenn man auf Zurückhaltung und Reserve stieße. In den maßgebenden lettischen Kreisen, besonders in der von chauvinistischen Elementen beherrschten Konstituante, denkt man in erster Linie immer nur an eine Festigung des Lettentums, an eine wirtschaftlich direkt verhängnisvolle Bekämpfung der Balten, Russen und Juden, an Ausnahmegesetze und drakonische Behinderung der früheren Vertreter des rigaschen Handels, der Industrie und des Großgrundbesitzes und nicht an die ökonomische Gesundung der Verhältnisse. Die Letten schwelgen in dem Gefühl, Herren des Landes zu sein und ihre nationale Stellung ausnützen zu können. Das Resultat der Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierungen ist daher recht traurig. Mit Baltenhaß und Antisemitismus wird man die Schäden der Kriegszeit nicht beheben können. Aber Unduldsamkeit und chauvinistischer Überschwang, Überschätzung der Regierungsmacht und obrigkeitlicher Kompetenzen, bürokratische Willkür und Verständnislosigkeit in bezug auf das Wesen der Wirtschaft scheint allen neugegründeten und „befreiten“ Ländern eigen zu sein. So hat sich z. B. das lettische Volk eine Bürokratie geschaffen, die weit zahlreicher ist, als ein so kleines Land sie ertragen könnte.

Diese Bürokratie hat — ebenso wie in Estland und Polen — alle Fehler der russischen Bürokratie sich zu eigen gemacht, ohne die Vorzüge derselben: ein starkes Autoritätsgefühl, und — besonders was das Wirtschaftsleben anbetrifft — eine gewisse Largeheit, eben gerade die groß angelegte „russische Natur“, zu besitzen. Man wird daher heute bereits manche Voreiligkeit im Urteil revidieren müssen: gemessen an den Leistungen dieser nationalen Regierungen wird man die Verwaltung der russischen Behörden nicht mehr schmähen können. Riga wie Livland verdanken der Russenzeit einen Aufschwung, der unter der Herrschaft der Letten, nach vorliegenden Erfahrungen, nicht erwartet werden kann. Einer der Gründe hierfür liegt natürlich darin, daß das lettländische Wirtschaftsgebiet zu klein und unentwickelt ist, um sich selbst helfen, geschweige denn genügen zu können. Es sei daran erinnert, daß die Republik Lettland nur 63 319 qkm mit einer Bevölkerung von etwa 2 Mill. Einwohnern umfaßt. Hiervon waren bei der letzten russischen Volkszählung Letten — 68,2 %, Deutsche —

7,1 %, Russen — 12,2 %, Juden — 6,2 %, Litauer — 1,3 %, Polen — 3,3 % und Esten — 0,9 %. Um ein Bild von der Finanzkraft Lettlands zu geben, seien folgende Daten aus einem Aufsatz Prof. Ballods angeführt:

Die Gesamtsumme der Einnahmen des russischen Staates aus Lettland kann mit 77,7 Mill. Rbl = 8,28 Mill. £ = 207 Mill. fr. angenommen werden. Die Gesamtausgaben für Lettland wurden 1912 mit 44,10 Mill. Rbl = 4,70 Mill. £ = 117,6 Mill. fr. angegeben. Die Reineinnahme des russischen Staates aus Lettland betrug mithin 3,58 Mill. £ = 39,4 Mill. fr.

Sollte einmal — was doch wohl wahrscheinlich ist — die Frage aufgeworfen werden, welcher Teil der russischen Staatsschuld auf Lettland zu entfallen habe, so wäre anzunehmen, daß, nach Ballod, $\frac{1}{45}$ der Staatsschuld zu tilgen wäre:

also etwa 1,3 Milliarden fr. Allein die Zinsen dieser Summe würden fast die Gesamtsumme der staatlichen Reineinnahmen Lettlands verschlingen. Von der inneren russischen Staatsschuld ganz zu schweigen. —

Die Erkenntnis von der Schwäche der wirtschaftlichen Position Lettlands beginnt sich jedoch jetzt durchzusetzen, und es ist daher zu begrüßen, daß hier, ebenso wie in Estland, Finnland und Litauen Strömungen am Werk sind, einen Baltischen Staatenbund zu schaffen. Erst diese Vereinigung der neuen Staaten an der Ostsee könnte wirklich lebensfähig sein und den Versuch machen, diese Länder zu dem zu machen, wozu sie prädestiniert sind: zum Umschlagsplatz für den Handel des Westens mit dem Osten, zum großen Transitlande und Eingang nach Rußland.

Dr. Hans von Eckardt

England

Das Arbeitsproblem und der Gewerkschaftskongreß — Die Ergebnisse der Volkszählung

Durch die Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks ist die Zahl der Arbeitslosen in England erheblich zurückgegangen; aber sie steht noch immer hoch über dem Maximum seit 20 Jahren, d. h. dem Zeitraum, in dem genaue Statistik geführt wird. Anfang August waren 1 780 000 Personen nach der Statistik des Arbeitsnachweises ohne Arbeit und Ende August 1 575 000; dazu kamen noch 432 000 bzw. rund 400 000 Personen, die mit derart verkürzter Arbeitszeit arbeiteten, daß sie Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten.

Es wird vielfach behauptet, daß dieser Rückgang in der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf den Ablauf der relativ kurz bemessenen Zeit, in dem der Arbeiter zum Empfang der Arbeitslosenunterstützung berechtigt ist, zurückgeführt werden müsse; das ist aber nicht der Fall, denn die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften weist ebenfalls einen Rückgang in der Arbeitslosigkeit nach. Es ist wiederholt von uns betont worden, daß der Kohlenstreik für die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit als verschärfendes Moment, nicht aber als Ursache in Betracht kommt, daß er, wenigstens zum Teil, eine Folge der Krise war und daß somit das Arbeitslosenproblem durch Beendigung des Kohlenstreiks an Schärfe verlieren, aber nicht gelöst werden würde. Dies ist unserer Voraussicht entsprechend eingetreten, und es ist nicht zu erwarten, daß der Stand der Arbeitslosigkeit sich in der nächsten Zeit wesentlich verändern wird. Allerdings kommen jetzt zahlreiche Meldungen über eine Änderung der Konjunktur. Man muß hierbei aber unterscheiden, ob es sich um eine wirklich integrierende Besserung handelt, die durch eine neue Konstellation der Weltwirtschaft und einem erhöhten Bedürfnis an englischen Produkten herbeigeführt wird, oder um eine durch den Kohlenstreik ausgelöste ephemere Erscheinung. An eine Wandlung der Konjunktur in ersterem Sinne vermögen wir nicht zu glauben. Die Gründe, die die Krise in der englischen Industrie bewirkt haben, die Industrialisierung der Rohstoffländer, der Rückgang in der Konsumkraft der europäischen Märkte Englands, die in der Entwertung des englischen Geldes sich ausdrückende Verarmung des englischen Volkes haben bis jetzt noch keine Änderung erfahren. Aber infolge des Kohlenstreiks haben auch viele Industrien ihren Betrieb einstellen müssen, deren Produkte auf dem verengten Markt doch benötigt werden. Diese müssen nachholen, und das erweckt den Anschein, als ob die Konjunktur sich bessere.

Das Arbeitslosenproblem ist daher noch genau so dringend wie vor vier, acht oder zwölf Wochen; das wird in England

richtig erkannt und die Vertreter der Arbeit bemühen sich, diese Erkenntnis der Regierung zum Bewußtsein zu bringen. Dafür stehen zwei Wege offen: der Weg der direkten und der der parlamentarischen Aktion.

In den Umzügen und Straßendemonstrationen, die die Arbeitslosen in England zurzeit veranstalten — u. a. in Nottingham, Lincoln und Jarrow — liegt offenbar System. Die Parlamentsreden und Kongreßtagungen der Arbeiter sollen dadurch Nachdruck erhalten; aber wer die Straße zu Hilfe ruft, dem geht es nur allzuleicht wie dem Zauberlehrling. Die Ausschreitungen, die u. a. in Dundee und Bristol Platz gegriffen haben, können der Sache der englischen Arbeiter nicht zum Vorteil gereichen und sind nichts weniger als geeignet, die Regierungsfähigkeit der englischen Arbeiterpartei zu beweisen.

Trotzdem wird man Clynes nicht ganz unrecht geben können, daß man von Worten nicht viel zu erwarten hat, und Worte sind es schließlich nur, die in den kürzlich stattgehabten Kongressen hervorgebracht wurden. Der Kongreß der Labour Party zu Brighton hat tatsächlich nur wiederholt, was man schon lange als Parteiforderungen der englischen Arbeiterschaft kennt; auch der Kongreß der Gewerkschaften, der vom 6. bis zum 10. 9. in Cardiff stattgefunden hat und auf dem 6 Mill. Arbeiter vertreten waren, scheint nicht mehr hervorbringen zu wollen. Einen Teil der Verhandlungen nehmen Fragen der inneren Organisation ein, und im übrigen wird über die Verschwendung in den Regierungsdepartements, die Kosten der Landesverteidigung, die Beziehungen zu Rußland, die Mängel des Völkerbundes und vor allem das Problem der Arbeitslosigkeit debattiert und resoliert. Dabei kommt bei den alten erfahrenen Führern der englischen Arbeiterbewegung immer mehr die ruhige und besonnene Haltung zum Ausdruck, die vor Gewalttätigkeiten warnt und leicht zur Verknöcherung wird, sicher aber in der gegenwärtigen Depression auf Resignation zurückzuführen ist.

Innere Streitigkeiten und Leichtfertigkeit bei der Behandlung organisatorischer Fragen gestatten keine günstige Prognose für die nächste Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Trotz alledem scheint die lebhafteste Agitation einen Erfolg erzielt zu haben, wenn man die Bildung eines Kabinetkomitees für die Behandlung der Fragen der Arbeitslosigkeit als solchen bezeichnen will. Man ersieht daraus jedenfalls, daß die Regierung der Sache Aufmerksamkeit zuwendet, wenngleich er-

fahrungsgemäß in solchen Komitees nicht immer fruchtbare Arbeit geleistet wird.

*

Vor kurzem ist in England der erste vorläufige Bericht über die Volkszählung, die in diesem Sommer stattgefunden hat, veröffentlicht worden. Er enthält nur Mitteilungen über Zahl und Geschlecht der Bevölkerung, Geburten und Sterbefälle, Ein- und Auswanderung. Ein Anhang bringt eine Übersicht über die Bevölkerungsbewegung im Imperium, in der allerdings Kanada und Irland mit veralteten Zahlen eingestellt sind und deshalb in nachstehender Tabelle unberücksichtigt bleiben.

Bevölkerung (in 1000 Einwohner):

	Großbritannien ohne Irland	Australien ohne Urbevölk.	Neuseeland ohne Maori	Indien	Südafrika
1911					
Insgesamt.....	40 831	4455	1008	315 156	1276
Männer.....	19 754	2313	532	161 339	685
Frauen.....	21 077	2142	477	153 617	591
Zunahme seit 1901	9,1 %	18,5 %	30,5 %	7,8 %	*)
1921					
Insgesamt.....	42 768	5426	1218	319 075	1522
Männer.....	20 431	2756	623	164 056	783
Frauen.....	22 337	2670	596	155 019	738
Zunahme seit 1911	4,7 %	21,8 %	20,8 %	1,2 %	19,2 %

*) 1901 hat keine allgemeine Volkszählung stattgefunden.

Ein Moment, das in England seit Jahrzehnten beunruhigt, ist der Überschuß der weiblichen Bevölkerung. Er wird auch in dieser Tabelle wiedergespiegelt; man erkennt zugleich seine Ursache: das Abwandern der männlichen Bevölkerung in die Dominions, das neben der erhöhten Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung vor allem in Frage kommt. Die Tabelle zeigt des weiteren interessant den Bevölkerungswachstum in den verschiedenen Erdteilen. Im allgemeinen ist ein Rückgang im Zuwachs zu verzeichnen, besonders in den Einwanderungsländern, da die Auswanderung nachgelassen hat. Der geringe Zuwachs in England ist eine Folge des Krieges. Abgesehen davon, daß 760 000 Personen auf den Schlachtfeldern geblieben oder ihren Wunden erlegen sind, hat die Tatsache, daß die männliche Bevölkerung vier Jahre lang durch den Krieg in Anspruch genommen war, auch auf die Zahl der Eheschließungen und Geburten einen nachteiligen Einfluß ausgeübt.

In Indien war der geringe Zuwachs der Bevölkerung eine Folge der Influenza- und anderer Epidemien, die Millionen von Personen hingerafft haben. Daneben kommt die Abwanderung in Betracht. Diese hat sich seit dem Anfang des gegen-

wärtigen Jahrhunderts, wie nachstehende Tabelle zeigt, ungefähr in gleicher Höhe gehalten, nur in den Kriegsjahren ist eine Änderung der Tendenz wahrzunehmen.

Jahr	Durchschnitt	Geburten	Zivil	Todesfälle in England	Militär	Geburten- überschuß	Ein-(+) oder Aus-(-) wanderung
1901-05.....	939	534	—	—	—	404	-107
1906-10.....	921	515	—	—	—	406	-163
1911.....	881	528	—	—	—	353	-241
1912.....	873	487	—	—	—	386	-242
1913.....	882	505	—	—	—	377	-204
1914.....	879	515	2	—	—	362	+109
1915.....	815	553	9	—	—	252	+36
1916.....	786	497	11	—	—	277	-2
1917.....	668	487	12	—	—	169	-13
1918.....	663	588	24	—	—	51	-15
1919.....	692	495	9	—	—	188	-153
1920.....	958	465	1	—	—	492	-167

Das ist nicht erstaunlich; wenn die männliche Bevölkerung im Militär Verwendung findet, kann sie nicht auswandern; trotzdem hat schon nach den ersten beiden Kriegsjahren die Auswanderung wieder begonnen und hat trotz der guten Kriegskonjunktur im Jahre 1919 erhebliche Dimensionen angenommen. Der Einwanderungsüberschuß 1914 und 1915 ist insofern eine Folge des Krieges, als durch die Besetzung Belgiens sich ein Strom von Flüchtlingen nach England ergoß; es ist möglich, daß das starke Emporschnellen der Auswanderungsziffern im ersten Jahr nach Friedensschluß auf die Rückwanderung dieser Flüchtlinge zurückgeführt werden darf. In künftigen Jahren, besonders in den gegenwärtigen Krisen-jahren, wird natürlich wiederum die Wanderbewegung einen starken Einfluß ausüben, umsomehr, als die Zuwanderung nach England durch gesetzliche Schranken abgewehrt wird.

Sehr viel Material ist in der Statistik über die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Bezirken enthalten. Neues wird darin nicht gesagt; die alte Regel findet wieder ihre Bestätigung, daß in den europäischen Staaten die natürliche Bevölkerungsvermehrung durch Geburten in den industriellen Zentren schneller vor sich geht als in ländlichen Gebieten. Aber die Schlußfolgerung, die in liberalen Kreisen Englands daraus gezogen wird, daß die Industrie das Rückgrat der Volkswirtschaft sei, ist nicht unanfechtbar, und wenn der „Economist“ daran den Gedanken knüpft, daß also die Landwirtschaft keinen Anspruch auf Schutz habe, so wird man nur erwidern können, daß nicht die Zahl der Menschen für die Beurteilung der Blüte einer Volkswirtschaft maßgebend ist, sondern die wirtschaftlich gesunde Zusammensetzung des ganzen Volkskörpers.

Dr. Th. Plaut

Vereinigte Staaten

Grundtatsachen der wirtschaftlichen Lage

Gegen Ende der Sommersaison erhebt sich bei Geschäftsleuten wie bei Arbeitern die Frage, ob der Herbst, der in normalen Jahren den Beginn lebhafterer Geschäftstätigkeit bedeutet, einen bemerkenswerten Aufschwung des Wirtschaftslebens aus der jetzigen Depression heraus mit sich bringen oder ob unter der Wirkung der Ungunst der winterlichen Jahreszeit diese Depression sich in noch nie dagewesenem Umfang verschärfen wird.

Die geringe Geschäftstätigkeit und die schwache Beschäftigung der Industrie liegen für jeden Sehenden nur zu deutlich zutage, aber die Lage über das ganze Land gerechnet gibt noch keinen Anlaß, sich zu beunruhigen und schwarz zu sehen oder um Aktionen der Regierung anzusuchen. Überall besteht wohl neben dem Einge-

ständnis der Ernsthaftigkeit der Depression her ein stillschweigendes oder auch ausgesprochenes Gefühl, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nichts eigentlich Gefährliches oder Ungesundes sich ausdrücke und daß Anlaß vorliege, darauf zu vertrauen, daß früher oder später — niemand wagt genau zu sagen, wann — das Geschäft eine Aufwärtswendung nehmen wird.

Man sagt z. B., daß nie zuvor in der Geschichte der Vereinigten Staaten größere Fortschritte gemacht worden seien als während des ersten Halbjahres 1921, daß die hauptsächlichsten Probleme der Umstellung auf die Friedenswirtschaft erledigt seien und für die Vereinigten Staaten bereits eine neue wirtschaftliche und politische Ära angebrochen sei, die über wenigstens die nächsten zehn

Jahre sich erstrecken werde. Fabrikanten weisen darauf hin, daß die große Fabrikindustrie sich dem neuen Stand der Dinge angepaßt habe, daß man enorme Verluste auf sich genommen habe, ohne daß darüber erhebliche Teile der Industrie insolvent geworden seien. Neue Preise seien festgesetzt, die eine stetige Nachfrage garantieren, sobald das Publikum wieder anfängt zu kaufen, was angeblich nicht durch Geldmangel, sondern durch eine unvernünftige, zum Käuferstreik auffordernde Propaganda verhindert worden sei. Die Arbeiterschaft, so argumentiert man wohl überall mit Ausnahme einiger schwerindustrieller Kreise, hat vernünftigen Lohnherabsetzungen zugestimmt, und die Arbeitsleistung in der Industrie, auf den Kopf des Beschäftigten gerechnet, nimmt zu. Die Bundesreservebanken haben den Diskont herabgesetzt und die Banken sind mehr als sonst in der Lage und bereit, zu angemessenen Zinssätzen der legitimierten soliden Geschäftswelt das nötige Kapital zur Verfügung zu stellen. Da die Eisenbahnen eine halbe Milliarde jährlich an Löhnen einzusparen in der Lage sind und die Möglichkeit haben, die Abkommen, auf Grund deren ihre Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, abzuändern, und da die finanzielle Beihilfe der Regierung für sie in sicherer Aussicht steht, dürfte eine allgemeine Herabsetzung der Fahrpreis- und Frachtsätze, schätzt man, noch vor Ablauf des Jahres möglich sein.

Bei näherem Zusehen jedoch ist es schwer, sehr wesentliche Gründe für eine solche optimistische Auffassung zu entdecken. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß eine so allgemeine Zuversicht nur möglich ist, wenn man bestimmte wirtschaftliche, politische und psychologische Faktoren, die die gegenwärtige Lage erheblich mitbestimmen, nicht sieht oder sie außer Betracht läßt. Wahr ist, daß die natürlichen Reichtümer und deren Ausnutzungsmöglichkeiten und der produktive Apparat des Landes intakt sind und stärker und besser gerüstet dastehen als je zuvor. Aber dreierlei fundamentale Einflüsse verhindern, daß der produktive Apparat des Landes glatt und ebenmäßig zum Wohl und zur Zufriedenheit der Allgemeinheit läuft.

Da ist zunächst die große Ungerechtigkeit hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Entlohnung und Produktivität bestimmter großer Teile des werktätigen Volkes. Die Farmer und alle ländlichen Bevölkerungskreise haben einen erheblichen Rückgang in ihren Einnahmen erfahren auf Grund des während des vergangenen Jahres erfolgten Preisrückgangs für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Preise für die Waren ihres Bedarfs sind jedoch nicht entsprechend gefallen. Die Folge davon ist, daß dieser wesentliche Bevölkerungsteil mit seiner starken Kaufkraft nur mehr etwa die Hälfte von den Waren kauft, die auf der Höhe der alten Preise stehen geblieben sind. Die Folge davon ist naturgemäß der flauere Geschäftsgang und die Arbeitslosigkeit in der Fabrikindustrie.

Diese Situation ist bereits kontinuierlicher und nicht nur vorübergehender Natur. Wohlstand und Produktivkraft der landwirtschaftlichen Teile der Bevölkerung haben seit Jahren unter dem Druck starker Besteuerung und einer im Verhältnis zur aufgewandten Arbeit gering zu nennenden Bezahlung für ihre Bodenprodukte einen beständigen Rückgang erfahren. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1920 ist ein stets noch wachsender Teil der Farmer nur mehr Pächter des von ihnen bewirtschafteten Bodens. Am 1. 1. 20 waren von der gesamten im Farmbetrieb bewirtschafteten Bodenfläche der Vereinigten Staaten (955 676 545 Acres) 636 508 324 Acres oder 66,6 % von

Eigentümern bewirtschaftet, 53 974 806 Acres oder 5,6 % von Verwaltern und 265 193 415 Acres oder 27,7 % von Pächtern — gegen ein Verhältnis aus dem Jahre 1910 von 68,1, 6,1 und 25,8 %. Die Zunahme der Wirtschaftsfläche in der Zeit von 1910 bis 1920 betrug bei den vom Eigentümer bewirtschafteten Farmen 6,3 %, bei den von Verwaltern bewirtschafteten Farmen 0,5 % und bei den Pachtfarmen 17,1 %.

Wenn auch die ländliche Bevölkerung abnimmt, während die Städte wachsen, so bleibt sie doch die große Käufergruppe der Vereinigten Staaten, und der rasche Sturz ihrer Kaufkraft gegenüber einem relativ langsamen Rückgang der Löhne und Preise in den Städten, ist einer der Faktoren, die am stärksten mit zur jetzigen Situation gewirkt haben und dessen Nachwirkungen auch so bald nicht aus der Welt geschafft sein werden.

In politischem Belang sind die riesenhaften Staatsausgaben, die Last der Besteuerung, die heutzutage die Regierungen allen Beschäftigungszweigen des Landes auferlegen, und man kann schon sagen: ihr beständiges Außerachtlassen der eigentlich friedlichen Interessen ihrer Völker ein Hindernis auf dem Wege der Rückkehr zu gedeihlichen Verhältnissen, das so leicht nicht zu beseitigen sein wird. Im Jahre 1910 betrug das Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten rund 30,5 Milliarden \$. Die Bundesausgaben betrugen weniger als 1 Milliarde, also etwa 3 % des Nationaleinkommens. Nach jüngsten Berechnungen betragen die Ausgaben allein der Bundesregierung (d. h. also ausgenommen die Riesenbeträge, die die Regierungen der verschiedenen Staaten und die Verwaltungen der Städte ausgeben) über 5½ Milliarden \$. Dieser Betrag wird ebenfalls für 1922 benötigt. Bei einem auf 60 Milliarden gestiegenen Nationaleinkommen betragen nunmehr die Bundesausgaben etwa 9 %; mit anderen Worten: während das Nationaleinkommen sich seit 1910 rund verdoppelt hat, haben die Aufwendungen der Bundesregierung sich mehr als verfünffacht.

Am niederschmetterndsten ist bei dieser Überlegung, daß der größte Teil dieser Ausgaben — über 80 % — dazu bestimmt ist, Teile des gouvernementalen Apparates für Zwecke in Gang zu halten, die nicht angetan sind, das Wohlergehen des Volkes zu steigern oder die Aussicht auf endgültige Rückkehr zum Frieden zu bessern und die Werk-tätigkeit und Bildung des Landes zu fördern. Diese gefährliche Kostspieligkeit moderner Regierung wird bald die Sparkapitalien des Landes aufzehren.

Dieses beides wirkt zusammen, ein drittes, ein psychologisches Moment, noch zu verschärfen, das in der derzeitigen Situation höchst schlimme Wirkung tut, — das ist der derzeitige Tiefstand der sozialen, industriellen und politischen Moral in den Vereinigten Staaten. Es besteht unter Arbeitern, Arbeitgebern und Inhabern politischer Ämter ein augenfälliger Mangel an irgendwelchem schöpferischen Willen, eine soziale Wohlfahrt neu zu schaffen. Überall wird bei Skandalen, die Politiker, Gewerkschafts- und Arbeiterverbände berühren, nur eine starke Neigung offenbar, so hart als möglich am Winde zu segeln. Es besteht ein sorgloser Optimismus hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft, aber geringe Bereitschaft den Pflug zu wenden und einzusäen. Eben diese Leichtfertigkeit, mit der die Gesamtlage des amerikanischen Wirtschaftslebens aufgefaßt wird, eine zynische Leichtfertigkeit, zu der von außen her der Wirrwarr der internationalen Intrigue und die Leichtfertigkeit der Staatsmänner nur zu leicht verführen, ist nur ein Anzeichen für den tiefgehenden Mangel an schöpferischer Energie, wie er in den meisten sozialen Schichten und Gruppen zu bemerken ist. — Von diesen

höheren Gesichtspunkten aus gesehen, kann dem Herannahen des Winters bei einer Arbeitslosenzahl von 6—7 Millionen, von denen ein großer Teil nach einer schon über ein Jahr währenden Arbeitslosigkeit seine

Ersparnisse längst muß erschöpft haben, durchaus nur mit ernstesten Erwartungen entgegengesehen werden; jedenfalls bedarf es dazu mehr als einer vagen guten Stimmung.

Virgil Jordan (F. P. S.)

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.
	M	M	M	fl	fr
Berlin..... 100 M	100,—	—	—	2,98	5,50
Wien..... 100 K neu.	85,—	10,25	9,85	0,29	0,55
Budapest... 100 K	85,—	19,37 $\frac{1}{2}$	18,95	—	1,05
Prag..... 100 K	85,—	124,25	123,75	—	6,90
Helsingfors. 100 FM	—	160,—	155,—	—	—
Amsterdam 100 fl	168,75	3331,75	3310,—	—	183,—
Kopenhagen 100 Kr	112,50	1870,—	1865,—	56,50	103,—
Stockholm... 100 Kr	112,50	2286,25	2280,—	68,65	125,51
Kristiania.. 100 Kr	112,50	1342,50	1320,—	40,15	73,75
Zürich..... 100 fr	81,—	1820,—	1827,50	54,55	—
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	1371,25	1380,—	41,37 $\frac{1}{2}$	75,60
Rom..... 100 Lire	81,—	446,—	445,—	13,42 $\frac{1}{2}$	24,30
Brüssel..... 100 fr	81,—	746,—	742,50	22,30	40,75
Paris..... 100 fr	81,—	748,75	750,—	22,50	41,10
London..... 1 £	20,43	393,—	392,—	11,79	21,60
New York... 1 \$	4,20	105,87 $\frac{1}{2}$	105,50	3,16 $\frac{1}{2}$	5,80
Buenos Aires 100 Pesetos	178,—	32,25	—	—	175,—
Rio de Janeiro 1 Milreis	1,36	13,37 $\frac{1}{2}$	—	—	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	20. 9.	20. 9.	20. 9.	19. 9.	20. 9.
	K	K	fr	*)	\$
Berlin..... 100 M	1567,—	81,25	13,37	377,—	0,93
Wien..... 100 K	—	4,87 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Amsterdam. 100 fl	52600,—	—	445,50	11,78 $\frac{1}{2}$	31,47
Kopenhagen 100 Kr	29275,—	—	—	—	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.
	K	K	fr	*)	\$
Zürich..... 100 fr	28675,—	—	242,85	21,61 $\frac{1}{2}$	—
Paris..... 100 fr	—	—	—	52,85 $\frac{1}{2}$	7,01
London..... 1 £	—	—	52,50	—	3,67 $\frac{1}{2}$ 60 Td.
New York... 1 \$	—	—	14,13	3,71 $\frac{1}{2}$	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.	20. 9.
Reichsmark.....	—94,98	—95,53	—93,81	—94,98	—96,09
Dt. österr. Krone	—99,42	—99,47	—	—	—
Französ. Frank..	—53,13	—58,19	—44,31	—54,70	—63,67
Pfund Sterling..	—2,64	—14,35	+15,36	+5,39	—24,49
Dollar.....	+27,22	+13,—	+51,21	+23,66	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	10. 9.	17. 9.
Alexandrien.....	97 $\frac{1}{2}$ d	97 $\frac{1}{2}$ d
Bombay/Kalkutta.....	1 s 4 $\frac{1}{2}$ d—1 s 4 $\frac{1}{2}$ d	1 s 5 $\frac{1}{2}$ d—1 s 5 $\frac{1}{2}$ d
Hongkong.....	2 s 8 $\frac{1}{2}$ d—2 s 9 $\frac{1}{2}$ d	2 s 8 $\frac{1}{2}$ d—2 s 9 $\frac{1}{2}$ d
Schanghai.....	3 s 8 d—3 s 9 $\frac{1}{2}$ d	3 s 9 d—3 s 10 $\frac{1}{2}$ d
Singapore.....	2 s 3 $\frac{1}{2}$ d—2 s 3 $\frac{1}{2}$ d	2 s 3 $\frac{1}{2}$ d—2 s 4 d
Yokohama.....	2 s 7 d—2 s 7 $\frac{1}{2}$ d	2 s 7 d—2 s 7 $\frac{1}{2}$ d
Montevideo T. T.....	42 $\frac{1}{2}$ d—43 d	41 $\frac{1}{2}$ d—42 $\frac{1}{2}$ d
Rio de Janeiro.....	8 $\frac{1}{2}$ d	8 $\frac{1}{2}$ d
Buenos Aires T. T.....	44 $\frac{1}{2}$ d—45 $\frac{1}{2}$ d	44 $\frac{1}{2}$ d—44 $\frac{1}{2}$ d
Valparaiso 90 T.....	6 $\frac{1}{2}$ d	6 $\frac{1}{2}$ d

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Juli 1921 (Fortsetzung)

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgaben in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgaben in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgaben in %
Immobilienhandel und Verwertung			Neugründungen			Verkehrsgesellschaften		
Neugründungen			Neugründungen			Neugründungen		
„Geka“, Geschäfts- u. Kontorhaus A.-G., Berlin.....	100	100	Neuvorpomm. Spar- u. Creditbank A.-G., Stralsund.....	3000	137 $\frac{1}{2}$	Allgem. Sped.- und Lagerhaus A.-G., E. Keursgen, Berlin	100	100
Hoch- u. Siedlungsbau A.-G., Berlin.....	100	100	Serbiska Ludowa banka, Wendische Volksb. A.-G., Bantzen	9000	100	Deutsche Waren-Verkehrs A.-G., Berlin.....	10000	100
„Sedas“, A.-G. f. Grundbesitz, Berlin.....	100	100	Siegener Bank für Handel u. Gewerbe, Siegen.....	6000	125	Elbe Spedit. A.-G., Hamburg	3000	100
Südd. Boden-A.-G., Frankfurt	300	100	Südd. Disconto-Gesellschaft A.-G., Mannheim.....	50000	125	Josef J. Leinkauf A.-G., Berlin	3000	100
Kapitalserhöhungen			Vorschufsverein zu Alsleben, Baumeier, Otte, Kielsing & Co., Komm.-Ges. a. Akt., Alsleben	250	100	Nordische Transp.-Comp. A.-G., Berlin.....	500	100
Cassel. Grundkreditbk., Cassel	1000	106	Zörbiger Bankverein vorm. Schröder, Koerner & Co., Komm.-Ges. a. Akt., Zörbig	1790	100	Kapitalserhöhungen		
Industrie- und Baubank A.-G. (früher Baubank), Chemnitz	2000	110	Versicherungsgesellschaften			„Atlantic“, Speditions- und Lagerei A.-G., Stettin....	1700	110
Kontor-Haus A.-G., Berlin...	1000	100	Neugründungen			Berliner Spediteur-Verein A.-G., Berlin.....	2541	23)
Banken			„Cimbria“, Versicherungsges., Flensburg.....	300	110	Hansa, Transp. A.-G., Breslau	1500	24)
Neugründungen			„Industria“, Rhein. Vers. A.-G., Mannheim.....	5000	100	Speicherei u. Spedition A.-G., Riesa.....	11200	25)
Bankhaus E. Jordan & Co., Komm. Ges. a. Akt., Hambg.	10000	100	Mainzer Versicherungsbank A.-G., Mainz.....	1500	100	Klein- und Straßenbahnen		
Deutsche Spar u. Renten A.-G., Dresden.....	2000	100	Rheinland Transp. u. Versich. A.-G., Mainz.....	5000	110	Neugründungen		
Meller Volksbank, Melle....	1000	100	„Sedina“, Vers. A.-G., Stettin	20000	100	Prettin-Annaberg. Kleinbahn A.-G., Merseburg.....	305	100
Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen		
Disconto Gesellschaft, Berlin	90000	20)	Assecuranz-Union von 1865, Hamburg.....	12000	22)	Mecklenburg-Pomm. Schmal-spurbahn A.-G., Friedland	2250	100
Handels- und Gewerbebank, Heilbronn.....	3000	21)	Volksfürsorge, Gewerkschaftl. Genossenschaftliche Vers. A.-G., Hamburg.....	4000	100	Seeschifffahrt		
Handelsbank A.-G., vorm. Berliner Viehkomm. und Wechsler-Bank, Berlin....	4000	145	Kapitalserhöhungen			Kapitalserhöhungen		
Kirner Bank A.-G., Kirm....	1000	112	Neugründungen			Deutsch Austral. Dampfschiffsgesellschaft, Hamburg....	40000	135
Königsb. Bank A.-G., Königsbg.	1500	130	Kapitalserhöhungen			Deutsche Dampfschiffahrtsges.	46000	135
Landwirtsch. Centr.-Darlehnskasse f. Deutschland, Berlin	20000	100	Neugründungen			Kapitalserhöhungen		

20) 77 500 000 Mk. zu 180 %, 12 500 000 Mk. zu 100 %. 21) 2 Mill. Mk. zu 110 %, 1 Mill. zu 130 %. 22) 8 Mill. Mk. zu 112 %, 4 Mill. Mk. zu 100 %. 23) 2 341 200 Mk. zu 130 %, 200 000 Mk. zu 100 %. 24) 1 Mill. Mk. zu 115 %, 500 000 Mk. zu 100 %. 25) 210 000 Mk. zu 100 %, 2 400 000 Mk. zu 150 %, 590 000 Mk. zu 100 %, 8 Mill. Mk. V zu 100 %.

Namen, Ort			Namen, Ort			Im Juli 1920:	
Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %		Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %			
Bäder, Sanatorien			Kapitalserhöhungen			46 Neugründungen .. mit 145 674 000 Mk.	
Kapitalserhöhungen			A. G. f. Erwerb u. Verwertg. von			112 Kapitalserhöhungen „ 641 932 000 „	
Kaiser Friedrich-Quelle A. G.,			Rechten an Industrieunter-			Gesamtsumme der Neuinvestierungen:	
Offenbach	400	124	nehmungen, Berlin	1000	100	1921	1 582 101 000 Mk.
Krankenheil. Jodquell. A. G.,			„Inag“, Industrieunternehm.			1920	787 606 000 „
Bad Tölz	1200	110	A. G., Erlangen	5000	130		
Sonstige Gesellschaften			Zus. 87 Neugründung. mit				
Neugründungen			„ 190 Kapitalserhöh. „				
A. G. f. Patentverwertg. Berlin	25	100	Neu investiert				
H. Römmler A. G., Berlin ...	20000	100	1 582 101 000 Mk.				

Fab. Landau

Vermischtes

Vom Rohkapokmarkt schreibt uns Herr Direktor Cantzler, Potsdam: „Die Statistik des Amsterdamer Rohkapokmarktes ergibt pro 31. 8. eine Anfuhr nebst Übertrag des vorjährigen Restvorrates von 6055 Ballen von insgesamt 69 901 Ballen. Hiervon wurden verkauft 67 466 Pack, so daß mit einem außerordentlich geringen Vorrat von nur 1635 Packen in den Monat September hineingegangen wird. Die Durchschnittspreishöhe mit 63, 64—65 cts je $\frac{1}{2}$ kg ab Amsterdam hat sich gegenüber dem Vormonat unvermindert gehalten, und der geringe Vorrat läßt durchaus nicht darauf schließen, daß sich der Markt weniger fest entwickeln wird. Seit über zehn Jahren ist die diesjährige Verkaufsmenge an reinem Java-Rohkapok die weitaus größte, z. B. nahezu doppelt so groß, wie die Verkaufsmenge bis zum gleichen Termin im Vorjahre. Es spricht hierbei allerdings mit, daß man sich gerade in letzter Zeit wieder vermehrt der Benutzung von Kapok und Akund zur Herstellung von Kapokgarnen in den Nummern 4, 5 und 6 englisch zuwendet. Die Garne geben nach der Verarbeitung und zumal nach der Färbung einen außerordentlich schönen glanzvollen Effekt und sind zur Herstellung von prächtigen Vorhängestoffen, Brokat usw. sehr beliebt. — Von Britisch-Indien sind derzeit die ersten größeren Partien von Akund neuer Ernte unterwegs und bis etwa Mitte ds. Mts. zu erwarten. Recht rege sind die Verkäufe in britisch-indischem Kapok, Bombay- sowie Kalkutta-Provenienz, jedoch sind die Vorräte in England knapp. Die Ernte wird als gut aber verhältnismäßig gering angesprochen.

Außerordentlich interessant sind Kapok-Anbaubestrebungen in den europäischen Ländern und zwar namentlich in der Schweiz, in Rumänien und in Italien. Eine Berechtigung ist ihnen nicht abzuspochen, jedoch ist es sehr wichtig, daß hierbei sachgemäß verfahren wird. Namentlich hinsichtlich der Anlage der Pflanzgärten und der Sortenauswahl. Wenn der Kapokbaum über die Unbilden eines ersten Winters in der gemäßigten Zone hinübergebracht wird, könnte er die weiteren Winter unter einem Breitengrade, etwa bei Logano usw., wohl weiter bestehen.“

Vom englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Direktor Carl Trapp, Hamburg:

Am Rohjutemarkt machte sich infolge des höheren Wechselkurses und gestiegener Fracht in den letzten Wochen ein stetiges Anziehen der Preise bemerkbar, das eine zum Teil ziemlich rege Nachfrage zeitigte. In Verschiffungsware waren die Umsätze weniger bedeutend, dagegen war greifbare und bald fällige Ware, namentlich von Deutschland stark gefragt. Da die indischen Native Packer bei ihrer Weigerung beharren, eine Rückfakturierungsklausel für den Fall stark abfallender Lieferung wie bisher im Kontrakt vorzusehen, beschlossen die Mitglieder der London Jute Association keinerlei Käufe oder Verkäufe ohne solche Klausel vorzunehmen. In abzuladender Ware neuer Ernte beschränkt sich das Geschäft daher auf die zuverlässigen Privatmarken, deren Verkäufer anstandslos die Klausel einräumen.

Da in diesen Tagen die Schlußschätzung der indischen Regierung zu erwarten ist, erscheint es angebracht, die Erträge der letzten Ernten und namentlich der jetzt bekannt gewordenen Ziffern für das Jahr 1920—21 zu erwähnen:

	1920/21	1919/20	1913/14
Ausfuhr nach Europa.....	1 654 268	2 614 819	3 510 690 Ballen
„ „ Amerika....	630 351	630 242	656 846 „
„ „ ander. Häfen	52 402	87 001	25 478 „
	2 337 021	3 332 062	4 193 014 Ballen
Von ind. Fabr. übernommen	5 205 163	6 048 741	5 093 661 „
Geschätzte Vorräte.....	550 000	300 000	50 000 „
	8 092 184	9 680 803	9 336 675 Ballen

Gegenüber Schlußschätzung der Regierung..... 5 962 192 8 540 750 8 751 000 Ballen

In den ersten beiden Augustwochen hatte es den Anschein, als ob auch der Dundee-Warenmarkt sich wieder heben würde. In Garnen und Geweben machte sich zeitweilig eine regere Nachfrage bemerkbar und die Garnpreise haben sich etwas gebessert, dagegen steht der Hessianspreis seit vielen Wochen unverändert auf $3\frac{1}{8}$ d. Die Fabriken arbeiten nach wie vor mit großen Verlusten und hoffen auf die letzten Monate des Jahres, welche in der Juteindustrie schon häufig die schlechteren Ergebnisse der Vormonate ausgeglichen haben. Außerdem muß der Lohnabbau — die Löhne werden ab 9. 9. durchweg um $12\frac{1}{4}$ % ermäßigt im Einverständnis mit den Arbeitern — seinen Einfluß geltend machen.

Calcutta ist in den letzten Wochen bei flottem Geschäft stark mit den Preisen hinaufgegangen, auch New York konnte trotz Zurückhaltung der Käufer folgen.

Die Preisbewegung der letzten Wochen nahm folgenden Verlauf:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Kalkutta in Rupien	5 6 Cops in Dun- dee perspyndle in s und d	Hessians 40 in 10 $\frac{1}{2}$ oz Dundee in d
3. 8. 21.	30	65	3/—	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$
10. 8. 21.	30	65	2/11	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$
17. 8. 21.	31	65	2/10	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$
24. 8. 21.	34	67	2/10	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$
31. 8. 21.	35	69	2/10	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$
7. 9. 21.	35	72	2/11	3 $\frac{1}{2}$ / $\frac{1}{8}$

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 10 $\frac{1}{2}$ oz in d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz loko New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
3. 8. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	21/—	4,20	1/3 $\frac{15}{16}$
10. 8. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	21/—	4,25	1/4 $\frac{1}{4}$
17. 8. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	21/6	4,25	1/4 $\frac{1}{2}$
24. 8. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	23/6	4,45	1/5 $\frac{1}{2}$
31. 8. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	23/10	4,55	1/5
7. 9. 21.	5 $\frac{9}{16}$ / $\frac{1}{8}$	25/--	4,65	1/5 $\frac{1}{4}$

Neuerscheinungen

Einzusehen in der Bibliothek des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Deutschland

„Der deutsche Schiffbau und seine Zukunft.“ Von Dr. W. Huth. Carl Malcomé's Verlagsbuchhandlung, Nieder-Ramstadt bei Darmstadt 1921, XIII, 90 S. (Deutschlands wirtschaftl. Zukunft, H. 1.)

Das als erstes Heft einer Sammlung von Monographien über Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau erschienene Werk gibt nach einem kurzen Überblick über die Veränderungen, die der Krieg im Weltschiffbau und in der Reihenfolge der Hauptschiffbauländer herbeigeführt hat, zunächst eine Darstellung der Entwicklung der deutschen Werftindustrie während und nach dem Kriege, um sich dann ausführlicher mit den verschiedenen Problemen zu beschäftigen, von deren Lösung die Zukunft unseres Schiffbaus abhängen wird. Das Buch ist vor dem Zustande-

kommen des Reedereienschadigungsvertrages geschrieben worden, konnte also diesen für die nächste Zukunft unserer Werften so bedeutungsvollen Faktor noch nicht in den Kreis seiner Betrachtung ziehen. Manche anderen wichtigen Faktoren der künftigen Entwicklung werden eingehend gewürdigt. Wer sich über sie zu unterrichten wünscht, findet in dem Werk manches beachtenswerte Material.

„Verwaltung und Wirtschaft. Grundriß zur Einführung in das geltende Recht.“ Von Franz Dochow. Berlin: Spaeth & Linde 1921. 46 S.

„Die Bedeutung des Staatserbrechts-Systems für das gegenwärtige Deutschland.“ Unter bes. Berücks. der Wiedergutmachungsfrage. Von Emil Kraus. Heidelberg: Unterbad. Verl.-Anst. 1921. 48 S.

- „Die Eisenbahn als Faktor der Politik.“ Votr. Von Groener. Stuttgart: Enke 1921. 13 S. (Finanz- und volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 76.)
- „Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion.“ Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. (Sektion der Kommunistischen Internationale.) Leipzig-Berlin: Franke 1921. 146 S.
- „Zur Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands.“ Frankfurt a. M.: Societäts-Dr. 1921. 20 S. Aus: „Frankf. Ztg.“ Mgl. v. 15., 16., 17. u. 28. Juni 1921.
- „Jahrbuch des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften f. 1920.“ Berlin: Reichsverb. d. dtsh. landwirtsch. Genossenschaften 1920.
- „Bericht über Handel und Schiffahrt im Memelgebiet für das Jahr 1920.“ Memel 1921: Siebert.
- „Fünfte Frankfurter Internationale Messe.“ Herbstmesse 1921. 25. Sept. bis 1. Okt. Vorläufiges Aussteller-Verzeichnis. (Abgeschlossen am 1. Aug. 1921.) Hrsg. vom Meßamt der Frankf. Internat. Messen. Frankfurt 1921. 96 S.

Übriges Europa

- „Jaarstatistiek van den in-, uit- en doorvoer over 1919.“ D. 1. 2. Statistique du Commerce des Pays-Bas avec les Pays Etrangers. s'-Gravenhage: Belinfante 1920. (Bijdragen tot de statistiek van Nederland. Nieuwe Volgreeks. Nr. 303.)
- „Die Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen.“ Von Ludwig Lehrfreund. Mit e. Vorw. von M. Busemann. Leipzig: Carnegie-Verl. 1921. 105 S.
- Auf die Bedeutung des deutsch-russischen Handels in Vergangenheit und Zukunft hinzuweisen, ist gewiß von Wert; jedoch nicht in der Form, daß man bekannte Zahlen und Tatsachen kritiklos aneinanderreihet und sämtliche Handbücher nach dem Stichwort „Rußland“ ausplündert. H. v. E.
- „Kurland.“ Eine allgemeine Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie. Mit Kten. u. Abb. Von F. Mager. Hamburg: Friederichsen, 1920. VIII, 231 S. (Veröffentl. d. Geogr. Inst. d. Albertus-Univ. zu Königsberg. 2.)

Diese Veröffentlichung des Geogr. Instituts der Universität zu Königsberg gehört zu den besten Arbeiten, die über die osteuropäische Länderkunde seit langem zu verzeichnen waren. Es ist dem Verfasser gelungen, eine Kulturgeographie Kurlands zu schaffen, die ein so vollständiges Bild der siedlungs-, verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Verhältnisse, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Bevölkerung geben, daß tatsächlich das ganze Land mit allen seinen Eigenarten geschichtlicher und geographischer Gestaltung erfaßt und geschildert ist. Diese Art der Sachlichkeit und intensiven Durchdringung des Stoffes, ohne zuviel Gelehrsamkeit oder populäres Gerede, ist als Zeugnis deutscher Wissenschaft sehr dazu geeignet, gerade jetzt in Lettland verbreitet zu werden. Da der Verfasser in der Zeit der deutschen Besetzung in Kurland gearbeitet hat, so liegt hier ein Beweis vor, mit welchem Fleiß und welcher Liebe zu Land und Leuten Deutsche im Osten gewirkt haben. Es ist zu hoffen, daß manch einer, der sich für den Wiederaufbau Lettlands interessiert, zu diesem trefflichst ausgestatteten, mit guten Illustrationen versehenen Buche greift, — besonders jedoch seien ihm lettische Leser gewünscht. H. v. E.

- „Jar-Ptița.“ Russische Monatsschrift für Kunst und Literatur. Verlag „Russische Kunst“. Berlin W 35, Am Karlsbad 11. A. E. Kogan.

Um Rußland zu verstehen und die ungeheueren Kräfte und Phänomene dieses Landes und Volkes näher kennen zu lernen, ist die russische Kunst vielleicht als bester Zugang, geeignetster Einblick zu bezeichnen. Die sozialen Experimente der Gegenwart, die Theorien der wirtschaftlichen Dogmatiker, die Absolutheit des Wollens — hier findet man sie im Brennpunkt gesammelt, hier gleiches

in anderer Form geführt und gestaltet. Darum sei es erlaubt, auch an dieser Stelle auf die ganz vortreffliche Kunstzeitschrift zu verweisen, die scheinbar nichts mit den großen Zeitproblemen der russischen Gegenwart zu tun hat, doch aber von gleichem Wesen zeugt und Erklärungen gibt, die so oder anders das gleiche Schicksal betreffen; Neigung und Gegenwehr Europa gegenüber. Ist z. B. die Geschichte der russischen Wirtschaft der Kampf ureigener Gegebenheiten mit dem Europäisierungsprinzip, so ist es in der Kunst und Literatur das gleiche. Da Bunin, A. Tschorny, Makowski, Sudeikin u. and. die Mitarbeiter der neuen Zeitschrift (die vorzügliche Bilder und gute deutsche Übersetzungen bringt) sind, so repräsentiert sie tatsächlich ein gut Teil Russentum von heute. H. v. E.

- „Ausbau und Abbau der Kohlenplanwirtschaft in England.“ Mit e. Vorw. von Max Schippel. Von Charlotte Luetkens. Dresden: v. Zahn & Jaensch 1921. VII, 58 S. (Veröffentl. d. sächs. Landesstelle f. Gemeinwirtschaft. H. 14.)

- „Italy. New Custom tariff.“ London: Stat. Off. 1921. XLIV S. (Suppl. to the Board of Trade Journal July 21st 1921.)

- „Spain. New draft customs tariff.“ London: Stat. Off. 1921. XXXVI S. (Suppl. to the Board of Trade Journal. July 28th 1921.)

Afrika

- „Report on the trade, industry and finance of Morocco“, 1921. Department of Overseas Trade. London: Stat. Off. 1921.
- 1921 French zone by G. H. Selous.
- „Zone of Tangier by Johnston and Hobson.
- „Tetuan (Spanish zone) by C. R. B. Atkinson.
- „Nyasaland“ (Protectorate). Report for 1919—1920. London: Stat. Off. 1921. (Colonial Reports-Annual.)

Asien, Australien

- „Verslag van de militaire exploratie van Nederlandsch-Nieuw-Guinee 1907—1915.“ Samengest. door het Departement van Oorlog in Nederlandsch-Indië. Met 9 kaarten, 10 schetsen en 166 foto's. Weltevreden: Landsdrukkerij 1920. 440 S.

Bis zum Jahre 1907 war über Holländisch-Neu-Guinea wenig bekannt; aus der beigegebenen Karte wird aber auch einem Uneingeweihten rasch und leicht ersichtlich, was die Holländer in den acht Jahren an gründlicher Arbeit geleistet haben, so daß dieser Teil des holländischen Kolonialbesitzes heute zu den bestbekannten der Südseegebiete zählen muß. Die Expedition wurde vornehmlich zu topographischen Zwecken seitens der Regierung ins Leben gerufen. Wie die neue Karte zeigt, ist das Land jetzt gründlich durchforscht worden; wer sich einen guten Überblick von den bisher unbekannten Gebieten verschaffen will, sei daher auf dieses grundlegende, in vorbildlicher und nachahmenswerter Weise herausgebrachte Werk verwiesen, das sich an den Spezialisten und die Allgemeinheit wendet und über die geographischen, geologischen, klimatischen, hydrographischen, völkerekundlichen, botanischen, zoologischen Verhältnisse in sachlicher Weise ausgezeichnete Aufschlüsse gibt. Die wirtschaftlich an dem Gebiete interessierten Kreise seien besonders auf das XVIII. Kapitel, S. 414—428, hingewiesen, das über die bisherigen und künftigen wirtschaftlichen Möglichkeiten unterrichtet. Das Werk ist kurz und bündig geschrieben, klar und übersichtlich abgefaßt; ausgezeichnet und wertvoll sind die prächtigen Karten und Tafeln, die künftigen, die Erkenntnisse der Militärexpedition vertiefenden Forschungsexpeditionen nach Holländisch-Neu-Guinea die Arbeit wesentlich erleichtern werden. Dr. P. Hb.

- „Foreign Trade of China.“ (Früher u. d. T.: Returns of trade & trade reports.) 1920. Part. I: Report and abstract of statistics. Shanghai: Kelly & Walsh; Bremen & Shanghai: Noessler in Komm. (usw.) 1921. (China. Maritime Customs. 1. Statistical Series. Nos. 2 to 5.)